

**CONSIGLIO REGIONALE DEL TRENINO - ALTO ADIGE  
REGIONALRAT TRENINO - TIROLER ETSCHLAND**

---

**UFFICIO RESOCONTI CONSILIARI  
AMT FÜR SITZUNGSBERICHTE**

SEDUTA

110.

SITZUNG

4 - 4 - 1967

**Presidente: PUPP**

**Vicepresidente: BERTORELLE**

**V. LEGISLATURA - V. LEGISLATURPERIODE**



## INDICE

### **Disegno di legge n. 82:**

**« Stati di previsione dell'entrata e della spesa della Regione Trentino-Alto Adige per l'esercizio finanziario 1967 »**

**pag. 3**

## INHALTSANGABE

### **Gesetzentwurf Nr. 82:**

**« Haushaltseinnahmen- und -ausgabenvorschlag der Region Trentino-Tiroler Etschland für das Rechnungsjahr 1967 »**

**Seite 3**

A CURA DELL'UFFICIO  
RESOCONTI CONSILIARI

Ore 10.15.

PRESIDENTE: La seduta è aperta. Appello nominale.

de CARNERI (Segretario questore - P.C.I.): (*Fa l'appello nominale*).

PRESIDENTE: Lettura del processo verbale della seduta 31-3-1967.

de CARNERI (Segretario questore - P.C.I.): (*Legge il processo verbale*).

PRESIDENTE: Osservazioni al verbale? Nessuna, il processo verbale è approvato.

La Giunta regionale ha presentato al Consiglio il seguente disegno di legge: « Provvidenze creditizie di primo intervento a favore delle imprese commerciali, delle cooperative di consumo, degli alberghi e pubblici esercizi danneggiati dalle calamità atmosferiche verificatesi nel mese di novembre 1966 ».

Riprendiamo ora il *disegno di legge n. 82*:

**« Stati di previsione dell'entrata e della spesa della Regione Trentino-Alto Adige per l'esercizio finanziario 1967, assessorato lavori pubblici.**

La parola al cons. Spogler.

SPÖGLER (S.V.P.): Herr Präsident! Herr Assessor! Der Herr Assessor Albertini hat in seinem Bericht auch die Schnellstraße oder Autobahn nach Meran, mit Fortsetzung ins Vinschgau, mit einigen Worten erwähnt. In seinem Bericht ist mir aufgefallen, daß das Assessorat für das Transportwesen das Problem der Schnellstraße oder Autobahn durch das Valsugana-Tal eingehenden Studien unterzogen hat. Was den Autobahnanschluß des westlichen Teiles von Südtirol betrifft, nämlich die Verbindung vom Reschen bis Bozen, blieb es in seinem Bericht bei schönen Worten ohne konkretem Inhalt. Ich erlaube mir kurz zu diesem Problem beim Assessorat für öffentliche Arbeiten zu sprechen, da ja das Straßenwesen (viabilità) in die Zuständigkeit dieses Assessorates fällt und somit eine Diskussion im Rahmen dieses Assessorates meines Erachtens durchaus möglich ist. Im übrigen haben Sie sich, Herr Assessor Pasqualin, zusammen mit den Assessoren des Landesausschusses Bozen schon öfters konkret mit diesem Problem befaßt. Es ist bekannt, daß der Landesauschuß Bozen in seinem Promemoria, das er vor kurzem dem Ministerium für öffentliche Arbeiten zukommen ließ, auch das Problem der Schnellstraße nach Meran angeführt und auf seine besondere Dringlichkeit mit Nachdruck hingewiesen hat.

In diesem Zusammenhang erlaube ich mir, an Sie, Herr Assessor, die Frage zu rich-

ten, ob nicht auch der Regionalausschuß endlich daran denke, in Rom die nötigen Schritte zu unternehmen, da es sich in diesem Falle um ein Straßenproblem von regionaler, wenn nicht nationaler Bedeutung handelt. Ich erinnere Sie daran, Herr Assessor, daß ich bereits am 30. Juli 1965 im Rahmen einer Anfrage an den Regionalausschuß um eine entsprechende Intervention gebeten habe. Ich erwarte mir von Ihnen, Herr Assessor, wirklich konkrete Zusagen und keine allgemein üblichen Formulierungen, so wie damals meine Anfrage beantwortet wurde.

Bei diesen Vorsprachen in Rom beim zuständigen Ministerium muß dringend eruiert werden, ob das Gesetz 729 vom Jahre 1961 neu dotiert wird, wann voraussichtlich diese Neudotierung erfolgen wird und ob die Mittel nicht etwa nur zur Fertigstellung von bereits im Bau befindlichen Autobahn-Anschlußstraßen dienen werden. Diese Klarstellungen, ob und wann eine Finanzierung der Schnellstraße möglich sein wird, müssen bald eingeholt werden. Es muß eine verbindliche Stellungnahme in positivem oder negativem Sinne erfolgen. Diese Antwort muß eingeholt werden, da man es nicht verantworten kann, einfach « a priori » diese Finanzierungsmöglichkeit und somit auch die großen Vorteile der Lösung Schnellstraße auszuschließen. Diese Antwort muß auch eingeholt werden, weil der Präsident der Brennerautobahngesellschaft großen Wert darauf legt zu wissen, und zwar verbindlich zu wissen, daß die Finanzierung der Schnellstraße seitens des Staates in nächster Zeit ausgeschlossen ist.

Eines ist klar, Herr Assessor: daß eine schnelle Verbindung zwischen Meran und Bozen, die gleichzeitig auch die Lösung der westlichen Umfahrung Merans vorsieht, so bald als möglich hergestellt werden muß, und daß sie zumindest gleichzeitig mit der Brennerautobahn

fertiggestellt sein müßte. Sollte sich bei den Vorsprachen in Rom, die unbedingt urgieren werden müssen, herausstellen, daß auf Grund des Gesetzes 729 keine Mittel flüssig gemacht werden können, und zwar in absehbarer Zeit, dann muß ohne Zeitverlust an die Lösung des Problems Autobahn herangegangen werden. Ich glaube, daß Eile auf jeden Fall geboten ist, da die Brennerautobahngesellschaft, die heute durch die bedeutenden Angebote die Mittel hätte, diese Mittel sonst — wer weiß es — morgen anderweitig verwenden könnte.

Herr Assessor, ich kann diese meine Ausführungen nicht schließen, ohne die Stellungnahme des Landeswirtschaftsrates der Handelskammer und dessen Präsidenten, was den allfälligen Bau einer Autobahn nach Meran betrifft, kurz zu erwähnen und in einigen, wenn auch nur wenigen Punkten zu analysieren. Der Landeswirtschaftsrat der Handelskammer von Bozen hat am 13. Februar dieses Jahres mit einer Entschliebung dazu Stellung genommen und der Präsident der Handelskammer, Dr. Walter von Walther hat diese Entschliebung in einem Gespräch mit der Zeitung «Dolomiten» vom 11. März d.J. erläutert. Aus den Äußerungen Dr. Walter von Walther's zur Lösung Autobahn ging klar hervor, daß zwischen Bozen-Sigmundskron und dem Terminal der Autobahn bei Lana-Meran, keine Ein- und Ausfahrten vorgesehen wären. Diese Stellungnahme hat zwei wichtige Aspekte zum Inhalt, die zur Diskussion gestellt werden müssen.

1. Es sind keine Ausfahrten vorgesehen;
2. das Terminal der Autobahn ist bei Lana-Meran vorgesehen.

Ad 1): Zwischen Bozen und dem Ende der Autobahn sind keine Ausfahrten vorgesehen: dazu möchte ich zunächst keine eigene Meinung äußern, sondern mich lediglich darauf

beschränken, die Vorschläge des Präsidenten der Brennerautobahngesellschaft, Dr. Turrini, vorzubringen, die er persönlich im Jänner 1967 anlässlich einer Besprechung des Problems in Meran gemacht hat. Dr. Turrini hat damals eine Autobahn vorgeschlagen, die mehr den Charakter einer Schnellstraße gehabt hätte, und zwar in dem Sinne, daß mautlose Ein- und Ausfahrten an den Ortschaften, die eine wirtschaftliche oder verkehrsmäßige Bedeutung haben, vorgesehen werden könnten, so z.B. in Terlan, auch für das Gebiet Andrian und Nals, und auf jeden Fall auch in Burgstall für Lana, Ulten und den Nonsberg. Es wurde bei jener Besprechung sogar die Möglichkeit in Betracht gezogen, diese Art von Autobahn für den lokalen Verkehr zwischen Bozen und Meran mautlos zu gestalten, so daß nur diejenigen Fahrzeuge bis Meran mautpflichtig gewesen wären, die von Bozen-Süd über Sigmundskron kommend die Meraner Autobahn benützt hätten. Dieser Vorschlag war verlockend. Wahrscheinlich war sich auch der Präsident Dr. Turrini der Kühnheit dieses Vorschlages bewußt, da er gleich darauf bestand, zuerst auf jeden Fall die Finanzierung dieser Schnellstraße beim Staate zu sondieren.

Am 21. Februar d.J. erklärte Dr. Turrini in Trient in einer Unterredung, die Sie, Herr Assessor, in meiner Gegenwart geführt haben, von diesem Vorschlag, der fast alle Vorteile einer Schnellstraße gehabt hätte, nichts mehr zu wissen, bzw. den Vorschlag nicht so gemacht zu haben, und unterbreitete in diesem Zusammenhang eine abgeänderte Version. Der Vorschlag sah die einzige Mautstelle in Sigmundskron bei der Ausfahrt nach Bozen-Stadt und Bozen-Süd vor, so daß alle Fahrzeuge, natürlich auch die, welche nur zwischen Bozen und Meran verkehren, gezwungen sind, die Maut zu bezahlen. Auch bei diesem Vorschlag sah man seitens der Brennerautobahngesell-

schaft keine Schwierigkeiten, die Ausfahrten zu machen, welche ich schon beim ersten Vorschlag erwähnt habe. Das bedeutet natürlich, daß für den lokalen Verkehr zwischen den Dörfern keine Maut zu entrichten wäre, da sich die einzige Mautstelle in Sigmundskron befindet. Soviel möchte ich zu dem Problem der Ausfahrten zwischen Bozen und Meran sagen.

Zu zweiten Aspekt des Problems, nämlich daß das Terminal der Autobahn in der Gegend zwischen Lana und Meran vorgesehen ist — immer laut Ansicht der Handelskammer von Bozen —, möchte ich mir folgendes zu sagen erlauben. Die Südtiroler Wirtschaftszeitung hat in diesem Zusammenhang unter anderem folgendes geschrieben: « Auf diese Weise würde die Autobahn vor den Toren Merans haltmachen, ohne somit den Fremdenverkehrsorten des Burggrafenamtes und vor allem dem Kurort Meran selbst in allzu gefährliche Nähe zu rücken. » Dr. Walter von Walther meint zu diesem Terminal bei Lana-Meran folgendes: « Aus dem Umstand, daß die Autobahn zwischen Lana und Meran enden würde, zögen die umliegenden Fremdenverkehrszentren großen Nutzen. Von diesem Endpunkt aus könnte der Anschluß der geplanten Umfahrungsstraßen ins Passeiertal, in den Vinschgau und ins Ultental gebaut werden ». Soweit die Meinung des Präsidenten der Handelskammer, Dr. Walter von Walther.

Ich erlaube mir, Herr Assessor Pasqualin, dieser Ansicht mit aller Entschiedenheit entgegenzutreten und möchte dazu folgendes feststellen: Wenn das Terminal der Autobahn zwischen Lana und Meran vorgesehen würde, dann müßten von Meran und von Lana aus kostspielige Zufahrtsstraßen gebaut werden. Es ist wohl die Frage erlaubt, von wem nun diese Straßen erbaut werden sollen. Offensichtlich von der ANAS, und zwar aus ordentlichen Haushaltsmitteln. Wenn man daran denkt, daß

es nicht einmal gelingt, ein so kleines Vorhaben wie es die sogenannte kleine Passeirer-Umführungsstraße darstellt, an der schon Jahre gebaut wird, zu Ende zu führen, so ist meines Erachtens dieser Optimismus fehl am Platze. Wird die Zufahrtsstraße vom Ende der Autobahn nur bis Meran und bis zur Marlinger Brücke gebaut, dann müßte weiterhin der ganze Lasten- und Durchzugsverkehr vom Reschen kommend durch die Kurstadt Meran geschleust werden. Was nützt es, eine Autobahn bis vor die Tore Merans zu bauen, wenn der Verkehrsflaschenhals der Stadt Meran weiterbestünde, wo man eine Stunde und mehr Zeit braucht, um diesen Verkehrsflaschenhals zu überwinden? Man wird mir entgegen, daß natürlich die ANAS gleichzeitig die Vinschgauer Umfahrung besorgen müßte oder besorgen könnte — wie man sich ausgedrückt hat. Ich glaube nicht, daß man realistisch deutet, wenn man glaubt, daß die ANAS für die inkasierende Autobahngesellschaft die Einschleusung der Autos durch den Bau einer Zufahrtsstraße von Forst her besorgen würde, die ungefähr eineinhalb bis zwei Milliarden Lire zu stehen kommt. Glaubt man denn wirklich, daß die ANAS in derselben Zeit, in der die Gesellschaft die Autobahn baut, die Zufahrt bis Meran und die Fortsetzung bis Forst erstellen würde? Es liegt meines Erachtens ein Widerspruch auch darin, daß man einerseits sagt, die Schnellstraße kann nicht gebaut werden, weil die Mittel auf Grund eines eigenen Gesetzes fehlen, und sich andererseits erwartet, daß die ANAS aus ordentlichen Haushaltsmitteln diesen Anschluß von Lana bis Forst besorgt. Die Autobahn soll aber dem Kurort Meran nicht in allzu gefährliche Nähe rücken, sagt man. Das scheint mir eine etwas sonderbare These zu sein. Sieht man denn nicht ein, daß die Autos vom Vinschgau, vom Reschen kommend nun einmal bei Meran vorbei

müssen? Man kann wohl nicht eine Luftbrücke bauen. Diese Straße würde ja am Etschufer entlang verlaufen und somit würde der Verkehr keinerlei Störung für die Kurstadt Meran bedeuten.

Zusammenfassend möchte ich mir erlauben zu sagen: Das Terminal der Autobahn bei Lana oder zwischen Lana und Meran bedeutet für mich einen Autobahntorso, da die Fortsetzung bis Forst seitens der ANAS nicht so bald zu bewerkstelligen wäre. Jede Lösung, die nicht gleichzeitig die westliche Umfahrung Merans mit einschließt, ist für mich keine Lösung. Somit ist das Ende der Trasse Bozen-Meran, ob es sich nun um die Autobahn oder um die Schnellstraße handelt, auf jeden Fall bei der Forsterbrücke, bei der Einmündung also in die Vinschgauer Straße vorzusehen, und das, glaube ich, aus ganz offensichtlichen Gründen: Erstens einmal würde der gesamte Lasten- und Durchzugsverkehr vom Vinschgau nach Bozen endlich vom Kurort Meran entfernt. Nur damit wird der Kurstadt Meran die drückende Verkehrs- und Lärmplage abgenommen und ein flüssiger Verkehr garantiert. Zweitens: Die Rentabilität der Autobahn bzw. die Höhe der Mauteinnahmen wird dadurch, wenn man sie eben bis nach Forst weiterbaut, auf das höchste gesichert. Es ist sogar vorzusehen, daß die kurze Strecke Bozen-Forst, die nur eine Länge von zirka 25 Kilometer hat, eine der mautstärksten Teilstrecken der gesamten Brennerautobahn sein wird. Das hat auch die Brennerautobahngesellschaft längst schon erkannt. Diese Fortsetzung bis Forst wurde bereits am 21. Februar bei dem erwähnten Gespräch in Trient dem Präsidenten der Brennerautobahngesellschaft und dem Projektanten Gentilini vorgebracht, die diesbezüglich keinen Widerspruch erhoben haben. Um so mehr ist es zu verwundern, daß die Handelskammer, die ausschließlich die Interessen der Bevölkerung zu



vertreten hat, das Terminal bei Lana-Meran vorsieht und, wiederum im Gegensatz zur Brennerautobahngesellschaft, keine Ausfahrten zwischen Bozen und Meran in Betracht zieht.

*(Signor Presidente! Signor Assessore! Lo Assessore Albertini ha menzionato brevemente, nella sua relazione, anche la questione della superstrada per Merano, nonché la prosecuzione della stessa verso la Val Venosta, ed ho potuto rilevare che l'Assessorato ai pubblici trasporti ha sottoposto ad attento esame il problema relativo al tracciato autostradale che dovrebbe attraversare la Valsugana. Per quanto concerne invece l'allacciamento dell'autostrada sul lato occidentale del Sudtirolo, il tratto cioè Resia-Bolzano, l'Assessore si è avvalso di belle parole prive però di concretezza. Concedetemi quindi di soffermarmi brevemente sulla questione in quanto, come si sa, il problema della viabilità rientra nelle competenze di questo Assessorato per i pubblici lavori per cui, a mio avviso, se ne può senz'altro discutere. D'altronde, lei signor Assessore Pasqualin si è, unitamente all'Assessore della Giunta provinciale, occupato già più volte concretamente del problema in parola. È noto infatti che la Giunta provinciale di Bolzano ha citato in un promemoria, inoltrato poco tempo fa al Ministero per i lavori pubblici, anche il problema della superstrada per Merano, ponendone marcatamente in rilievo l'urgenza.*

*In tal connessione mi permetto chiederle, signor Assessore, se non sia giunto finalmente il momento, per la Giunta regionale, di intraprendere a Roma i necessari passi, visto che la viabilità rispecchia un problema di carattere regionale se non addirittura nazionale. Desidero ricordarle, signor Assessore, che fin dal 30 luglio 1965 avevo, nel quadro di una interrogazione, pregato la Giunta regionale di intervenire in conformità. Ora mi aspetto da lei assicurazioni fundamentalmente concrete e non*

*le consuete generiche dichiarazioni con le quali si rispose, a suo tempo, alla mia interrogazione.*

*Nei previsti interventi presso il competente Ministero in Roma, necessita appurare urgentemente se e quando si procederà al rifinanziamento della legge n. 729 del 1961 e se i fondi potranno essere utilizzati esclusivamente per la messa a punto delle costruende strade di allacciamento all'autostrada. Bisogna dunque mettere in chiaro al più presto se e quando un finanziamento della superstrada si renderà possibile e conseguire, da parte degli organi competenti, una precisa presa di posizione in merito, positiva o negativa che sia. Non ci si può infatti assumere la responsabilità di escludere « a priori » la possibilità di un finanziamento e con ciò, ovviamente, i grandi vantaggi connessi alla soluzione del problema in parola. Una risposta in merito va richiesta inoltre anche perché il Presidente della Società dell'autostrada del Brennero ritiene essenzialmente importante sapere, e saperlo in forma impegnativa, se sia, o meno, da escludersi nel prossimo futuro il finanziamento, da parte dello Stato, della superstrada in parola.*

*Una cosa è chiara signor Assessore, e cioè che bisogna provvedere ad una messa a punto e ad un rapido collegamento stradale fra Merano e Bolzano, che preveda altresì la soluzione relativa alla circonvallazione occidentale di Merano, e procedervi con sollecitudine tale da far coincidere l'ultimazione dei lavori quantomeno con l'ultimazione dell'autostrada del Brennero. Dovesse nel corso dei colloqui da sollecitare con Roma, insorgere l'impossibilità di reperire con una certa sollecitudine i fondi per la legge 729, si dovrà affrontare, senza por tempo in mezzo, la soluzione del problema autostradale. La questione va trattata, in ogni caso, con urgenza, in quanto la Società dell'autostrada del Brennero che grazie alle rilevanti offerte ha i sufficienti fondi a disposizione, po-*

*trebbe in un domani, chissà, assumere altri impegni utilizzando così diversamente tali fondi.*

*Non posso concludere queste mie argomentazioni, signor Assessore, senza un breve accenno ed alcune puntualizzazioni su quanto concerne la presa di posizione del Consiglio provinciale dell'agricoltura presso la Camera di Commercio e del suo Presidente, nei confronti di una eventuale realizzazione della superstrada per Merano. Il Consiglio provinciale per l'agricoltura presso la Camera di Commercio, ha preso posizione in merito con decisione risalente al 13 febbraio del corrente anno, e tale decisione venne illustrata dal Presidente della Camera di Commercio dr. Walter von Walther nel corso di un colloquio concesso agli inviati del quotidiano « Dolomiten » e pubblicato quindi su detto giornale nell'edizione dell'11 marzo corrente. Dalle dichiarazioni del dr. Walter von Walther sulla soluzione del problema autostradale, è emerso chiaramente come non sia previsto alcun svincolo fra Bolzano-Castel Firmiano ed il Terminal della superstrada in prossimità di Merano. Tale presa di posizione rispecchia due importanti aspetti che è d'uopo porre in discussione:*

- 1) Non sono previsti svincoli;*
- 2) Il Terminal dell'autostrada è previsto in prossimità di Lana-Merano.*

*Al punto 1): Dunque non sono previsti svincoli fra Bolzano ed il Terminal della superstrada; non desidero, per il momento, esprimere in merito un parere personale, ma limitarmi unicamente ad esporre le proposte avanzate personalmente, nel gennaio del 1967, dal Presidente della Società dell'autostrada dr. Turrini, nel corso di una discussione tenutasi a Merano sul problema. Il dr. Turrini propose, allora una autostrada che avrebbe avuto tutte le caratteristiche di una superstrada, nel senso cioè che gli svincoli autostradali nelle località più*

*importanti ai fini economici ed ai fini del traffico stradale, sarebbero potuti essere esenti da pedaggio e ciò, ad esempio, in Terlano per la zona di Andriano e Nalles; in ogni caso anche nella zona di Postal, per Lana, Val d'Ultimo e la Valle di Non. Durante quella discussione venne persino considerata la possibilità di realizzare, anche fra Bolzano e Merano, un simile tipo di autostrada in modo tale da assoggettare al pagamento del pedaggio solo quegli automezzi, che provenienti da Bolzano Sud via Castel Firmiano, avessero appunto utilizzato l'autostrada meranese fino a Merano. Il progetto era senza dubbio allettante. Anche il Presidente Turrini si era forse reso conto della temerarietà di una simile proposta, visto che sostenne subito che si sarebbe in ogni caso dovuto anzitutto sondare presso lo Stato circa la possibilità del finanziamento di quella superstrada.*

*Il 21 febbraio del corrente anno il dr. Turrini dichiarò nel corso di un colloquio avuto a Trento, me presente signor Assessore, di non sapere nulla, nella fattispecie di non aver avanzato la proposta su quell'autostrada, i cui vantaggi sarebbero stati quasi analoghi a quelli di una superstrada, sotto quella forma ed in tal connessione ne presentò una versione modificata. Questa ultima prevedeva un unico casello stradale a Castel Firmiano, all'uscita cioè per Bolzano città — Bolzano Sud, cosicché tutti gli automezzi, compresi ovviamente anche quelli transitanti sulla direttiva Bolzano-Merano, si troverebbero costretti al pagamento del pedaggio. Anche in merito a questa proposta non si riscontrarono, da parte della Società dell'autostrada difficoltà di sorta per realizzare quegli svincoli autostradali da me già menzionati nella prima proposta. Ciò sottintende ovviamente che pur sussistendo un unico casello autostradale a Castel Firmiano, il traffico locale fra i vari paesi si troverebbe esentato dal pagamento in parola. Questo è quanto desideravo*

*dire sul problema relativo agli svincoli autostradali tra Bolzano e Merano.*

*Concedetemi ora di dire qualcosa sul secondo aspetto della questione, cioè su quanto concerne il Terminal dell'autostrada previsto, sempre stante il punto di vista della Camera di Commercio di Bolzano, sul tratto che intercorre fra Lana e Merano. Il periodico « Südtiroler Wirtschaftszeitung » ha, sull'argomento, riportato fra l'altro quanto segue: In tal modo l'autostrada terminerebbe alle porte di Merano e si eviterebbe così una sua troppo pericolosa vicinanza alle località turistiche della marca meranese e soprattutto a Merano stessa, luogo di cura climatico. Dice il dr. Walter von Walther di questo Terminal in Lana-Merano: Da una autostrada terminante fra Lana e Merano trarrebbero grande vantaggio le circostanti località turistiche, e partendo da quella stazione terminale, si potrebbe procedere ai lavori di allacciamento stradale delle programmate circonvallazioni verso la Val Passiria, Val Venosta e Val d'Ultimo. Questo dunque il parere del Presidente della Camera di Commercio, dr. Walter von Walther.*

*Dal canto mio, signor Assessore Pasqualin, mi oppongo recisamente ad un tale punto di vista, rimarcando in merito quanto segue: Il previsto Terminal autostradale fra Lana e Merano richiederebbe la dispendiosa realizzazione di circonvallazioni partenti da Merano e da Lana. Si pone qui la domanda — consentita credo — da chi queste strade dovrebbero venire costruite. Evidentemente dall'ANAS e propriamente con i normali fondi di bilancio della stessa. Se si pensa che non si riesce neppure a portare a termine un piccolo progetto qual'è la cosiddetta deviazione stradale per la Val Passiria, alla quale si lavora già da anni, ebbene una previsione ottimistica in tal senso è, a mio avviso, proprio fuori luogo. Se poi la strada d'accesso da costruirsi partisse dal Ter-*

*minale autostradale per interrompersi quindi a Merano o al ponte di Marlengo, tutto il movimento commerciale di transito, nonché il transito degli automezzi pesanti, si svolgerebbe attraverso la città di cura di Merano. A che servirebbe costruire una autostrada fino alle porte di Merano se poi continuasse a sussistere in Merano stessa l'inconveniente dell'imbottigliamento nel traffico che comporterebbe, per districarsene, la perdita di un'ora e più di tempo? Mi si obietterà che l'ANAS dovrebbe o potrebbe, nel contempo, provvedere ad una circonvallazione — almeno da come ci si è espressi in merito. Non credo rispecchi una realistica interpretazione il supporre che l'ANAS voglia provvedere per la Società autostradale — cioè quella che incassa — a convogliare il transito degli automezzi, mediante una strada di accesso che parta da Foresta, una strada cioè il cui costo si aggirerebbe sul miliardo e mezzo o i due miliardi di lire. Ma davvero si crede che l'ANAS, mentre la Società procede alla costruzione dell'autostrada, provvederebbe nel contempo alla via d'accesso fino a Merano ed al prolungamento della medesima fino a Foresta? A mio avviso è un controsenso l'affermare, da un lato, di non poter costruire la superstrada per mancanza di una legge che ne preveda il finanziamento, e dall'altro lato aspettarsi che l'ANAS provveda con normali fondi di bilancio a questo allacciamento stradale da Lana a Foresta. L'autostrada, si dice, non deve passare troppo vicino alla città di cura di Merano, e questa mi sembra una tesi piuttosto singolare. Ma non si vuol dunque comprendere che gli automezzi della Val Venosta, provenienti da Resia, devono giocoforza transitare da Merano? Non si può mica costruire un ponte aereo!!! Quella strada costeggerebbe, come si sa, le sponde dell'Adige, cosicché il transito degli automezzi sulla stessa non comporterebbe per Merano disturbi di sorta.*

Concludendo vorrei dire: Porre il Terminal autostradale a Lana o fra Lana e Merano significherebbe per me ridurre l'autostrada ad un moncone, poiché la costruzione da parte dell'ANAS del tratto fino a Foresta non verrebbe messa in atto tanto presto. Qualsiasi soluzione, nei cui piani non vanga inclusa contemporaneamente la circonvallazione occidentale di Merano, secondo me non è una soluzione. Pertanto la fine del tracciato Bolzano-Merano, sia che si tratti di autostrada o di superstrada, va prevista in ogni caso allo sbocco per la Val Venosta, presso il ponte di Foresta, e ciò per ovvii motivi: in primo luogo il transito degli automezzi pesanti nonché il transito di scorrimento dalla Val Venosta a Bolzano, si svolgerebbe finalmente lontano dal centro di cura di Merano, liberando in tal modo quella città climatica dalla piaga di un traffico opprimente e frastornante, garantendo altresì la fluidità del traffico. In secondo luogo: prolungando il tratto in parola fino a Foresta viene garantita la massima redditività dell'autostrada, nella fattispecie il reddito del pedaggio. Direi si possa addirittura mettere in previsione che il breve tratto Bolzano-Foresta, lungo appunto soltanto 25 Km. circa, rappresenterebbe, ai fini del pedaggio, il tratto più redditizio dell'intero tracciato autostradale del Brennero; ciò infatti è stato già ammesso diverso tempo fa anche dalla Società stessa dell'autostrada. La questione del prolungamento fino a Foresta venne avanzata, sin dal 21 febbraio, nel menzionato colloquio di Trento, dal progettista Gentilini al Presidente della Società autostradale, senza che il Presidente stesso sollevasse obiezioni in merito. Tanto più dunque desta meraviglia il fatto che la Camera di Commercio, la quale in definitiva è tenuta a difendere gli interessi della popolazione, preveda il Terminal a Lana-Merano e che, in evidente contrasto con la So-

cietà autostradale, non prenda in considerazione alcun svincolo fra Bolzano e Merano).

PRESIDENTE: La parola al consigliere Dalsass.

DALSASS (S.V.P.): Herr Präsident! Ich möchte nur ganz kurz etwas erwähnen, was ich in meiner Debatterede vom letzten Mal nicht angeführt habe. Ich muß es erwähnen, weil mir ja das hier eingeführte System dann nach der Beantwortung der Fragen seitens des Herrn Assessors nicht mehr die Möglichkeit einräumt, noch etwas zu sagen.

Ich muß auf die Refinanzierung des Gesetzes für die Durchführung von öffentlichen Arbeiten zurückkommen. In der Regionalbilanz ist ein Betrag von je 50 Millionen Lire für beide Provinzen Bozen und Trient für die Refinanzierung des Regionalgesetzes Nr. 17 vorgesehen. Dieses Regionalgesetz Nr. 17 — das weiß der Herr Assessor genau — sieht die Gewährung von Zinsenbeiträgen zuunsten der Gemeinden und aller anderen öffentlichen Körperschaften vor, die eine öffentliche Arbeit durchzuführen gedenken. Wie Sie wissen, sind diese Zinsenbeiträge wohl eine gute und konkrete Hilfe für die Gemeinden, aber trotz der Gewährung dieser Zinsenbeiträge sind manche Gemeinden nicht in der Lage, öffentliche Arbeiten durchzuführen. Ich spreche in diesem Falle von den defizitären Gemeinden, d.h. von jenen, die eine defizitäre Bilanz aufweisen. Für die defizitären Gemeinden ist im Regionalgesetz Nr. 17 ein eigener Artikel vorgesehen, nämlich der Art. 6. Darin heißt es, daß den defizitären Gemeinden, die wenigstens in drei der letzten fünf Finanzjahre den Ausgleich nicht erreichen konnten, von seiten der Verwaltung auch Kapitalsbeiträge bis zu 50% des anerkannten Betrages der öffentlichen Arbeiten gegeben werden können, und für die Diffe-

renz würde laut Gesetz Nr. 17 noch ein Zinsenbeitrag gewährt.

Nun frage ich mich: Wenn die Regionalverwaltung je 50 Millionen für die Refinanzierung des Gesetzes Nr. 17 vorgesehen hat, so sind diese 50 Millionen Lire ausschließlich dazu bestimmt, die Gewährung von Zinsenbeiträgen zu ermöglichen, also Zinsenbeiträge zu geben. Man hat hier praktisch vergessen, daß die defizitären Gemeinden mit Zinsenbeiträgen nichts anfangen können. Eine Refinanzierung des Gesetzes Nr. 17 käme daher nur den besserstehenden Gemeinden zugute, während die schlechtstehenden Gemeinden ausgeschlossen blieben. Mit einer Refinanzierung, so wie sie der Regionalausschuß vorgesehen hat, würde man also die schlechtstehenden Gemeinden, die finanziell schwächeren Gemeinden, ausschließen; sie könnten nicht in den Genuß des Gesetzes kommen, weil diese Maßnahmen für defizitäre Gemeinden unzulänglich und nicht ausreichend sind.

Wenn Sie dieses Gesetz Nr. 17 betrachten, so sehen Sie, daß die Regionalverwaltung für diese 6 Jahre von 1963 bis 1968 — das geht aus dem Art. 18 des Gesetzes Nr. 17 hervor — seinerzeit den Betrag von Lire 1 Milliarde 20 Millionen für die Gewährung von Kapitalsbeiträgen zugunsten der defizitären Gemeinden vorgesehen hat. Dies für beide Provinzen, und zwar alljährlich 170 Millionen Lire, aufgeteilt auf die zwei Provinzen zu je 85 Millionen Lire. Und nun gedenkt man, wenn auch nur in geringem Ausmaß, das Gesetz Nr. 17 zu refinanzieren und hat dabei vergessen, daß es sehr viele defizitäre Gemeinden gibt — im Trentino, wie jeder weiß, noch mehr als in der Provinz Bozen —, für die diese Refinanzierung praktisch keine Hilfe darstellt; jedenfalls geht diesbezüglich aus dem Bericht nichts hervor. Deswegen möchte ich auch den Herrn Assessor ersuchen uns zu sagen, was

man zugunsten dieser defizitären Gemeinden zu unternehmen gedenkt, denn eine Refinanzierung dieses Gesetzes käme nur den besserstehenden Gemeinden zugute, währenddem die finanziell schwächeren Gemeinden nichts davon hätten.

*(Signor Presidente! Vorrei accennare in breve a qualcosa che nella mia ultima esposizione avevo tralasciato. Devo farlo in quanto il sistema qui introdotto non contempla la possibilità di poter ancora parlare dopo che il signor Assessore avrà risposto alle interrogazioni.*

*Devo riportarmi alla questione relativa al rifinanziamento della legge preposta all'attuazione di opere pubbliche. Nel bilancio regionale è previsto per entrambi le province di Bolzano e Trento un importo, per ciascuna, di 50 milioni di lire per il rifinanziamento della legge regionale n. 17. Questa legge — al signor Assessore ciò è perfettamente noto — prevede la concessione di contributi in conto interessi a favore dei Comuni e di tutti quegli enti pubblici che si propongono la realizzazione di una opera pubblica. Come voi sapete i contributi in conto interessi rappresentano, è vero, un concreto e buon aiuto per i Comuni, ma nonostante tale concessione, alcuni Comuni non sono ugualmente in grado di attuare lavori pubblici. Mi riferisco in questo caso ai Comuni deficitari, cioè quelli il cui bilancio è in deficit. Per questi Comuni è previsto nella legge regionale un particolare articolo, precisamente l'art. 6, il quale stabilisce che a quei Comuni deficitari i quali non abbiano, nei tre almeno, degli ultimi cinque esercizi finanziari, raggiunto il congruimento, vengano concessi dall'amministrazione contributi in conto capitali fino ad un massimo del 50% dell'importo riconosciuto ammissibile per l'attuazione di lavori pubblici; inoltre per la differenza e conformemente alla legge n. 17, pure un contributo in conto interessi.*

*Ora mi chiedo: se l'amministrazione re-*

*gionale ha previsto per il rifinanziamento della legge n. 17 un importo, per ciascuna provincia, di 50 milioni, ebbene questi 50 milioni sono destinati esclusivamente alla concessione di contributi in conto interessi. Ci si è, a quanto pare, dimenticati che dei contributi in conto interessi i Comuni deficitari non sanno cosa fare. Un rifinanziamento della legge n. 17 avanzerebbe pertanto solo i Comuni più facoltosi, escludendo invece i Comuni finanziariamente più deboli. Dunque con il rifinanziamento tale qual'è previsto dalla Giunta regionale resterebbero esclusi i Comuni finanziariamente più deboli, i quali non potrebbero beneficiare delle provvidenze, essendo le stesse del tutto insufficienti per questi ultimi.*

*Esaminando questa legge n. 17 potrete rilevare che l'amministrazione regionale aveva a suo tempo previsto per i 6 anni intercorrenti fra il 1963 ed il 1968 — e ciò emerge dall'articolo 18 della legge n. 17 — l'importo di un miliardo e 20 milioni di lire per la concessione di contributi in conto capitali a favore dei Comuni deficitari, da suddividersi fra le due provincie in 170 milioni annui e precisamente 85 milioni annui per ciascuna. Ed ora si pensa di rifinanziare, se pur anche in misura ridotta, la legge n. 17, dimenticandosi che vi sono numerosi Comuni deficitari — nel Trentino, come ognuno sa, ancora più che in provincia di Bolzano — per i quali tale rifinanziamento non può essere in effetti di alcun aiuto; questo, in ogni caso, non emerge dalla relazione. Perciò vorrei appunto pregare anche il signor Assessore di dirci cosa intenda intraprendere a favore dei Comuni deficitari inquanto, ripeto, un rifinanziamento di questa legge tornerebbe a solo vantaggio dei Comuni finanziariamente più forti, mentre quelli deboli non ne trarrebbero profitto alcuno).*

PRESIDENTE: Chi chiede ancora la pa-

rola sull'assessorato lavori pubblici? Prego prenotarsi, cons. Ceccon, si prenotano tutti.

PREVE CECCON (M.S.I.): *(Interrompe).*

PRESIDENTE: Non è prenotato nessuno.

La parola al cons. Ceccon.

PREVE CECCON (M.S.I.): On. assessore, quando il mio pensiero si ricollega al suo intervento o alle sue responsabilità, non posso dissociarlo da un suono di zampogne, che proviene dalla fanciullezza. Non posso dissociare la sua figura di amministratore dalla visione di quella fila di piccoli cagnetti che con il cappellino in bocca, accovacciati ai margini delle strade, chiedevano l'obolo al viatore con tanto cuore. La sua figura è associata a quel romanzo della nostra giovinezza, « Senza famiglia », lei se lo ricorda. Lei in definitiva è un amministratore senza famiglia, è un uomo che vive proprio in questa problematica. Orfano. Anche lei è orfano come era orfano il fanciullo dei nostri ricordi giovanili. E non è che viva il dramma dei nobili decaduti, i nobili che son riusciti con costanza e con capacità a dilapidare la paterna sostanza e più nulla posseggono. Lei non è in quella condizione; ci han pensato gli altri a renderla. Non è che abbia partecipato attivamente alla spogliazione del suo patrimonio: l'han voluto gli altri che l'hanno preceduto, han voluto gli altri spogliarlo di ogni competenza e di ogni patrimonio. Mi viene in mente il buon Capuana, quando descriveva il fattore che prima di morire scendeva nell'aia e menando colpi di bastone a destra e a manca uccideva le oche, gridando: « roba mia vieni con me ». Non poteva portarla nella fossa e provvedeva egli, con il suo ultimo fiato che ancora possedeva, a sistemare il problema della eredità e delle tasse di successione. « Roba mia

viene con me ». E questo è stato il grido evidentemente che ha ispirato l'uno dei due Alfonsi nostri, Alfonso il magnanimo, come lei sa, il quale di grado in grado è giunto alla piena disponibilità del patrimonio altrui; finché fu assessore regionale ai lavori pubblici provvide in maniera concreta, massiccia, a leggi e finanziamenti. La legge 3 andava molto ma molto bene, dopodiché, quando si accorse che la morte della Regione era certa, con una sua legge di delega alle Province si precostituiva amministrazione in provincia di Trento, di cui divenne l'assessore provinciale ai lavori pubblici. E lei rimase l'orfano, rimase l'uomo senza patrimonio. Neanche il blasone le è rimasto dell'assessorato; ha dovuto vendere anche quello, per poter disporre di denaro che garantisse immediati interventi. E badi bene che nell'arco dal '61 al '67 si sono amministrati nel suo assessorato masse di denaro che corrispondono a 10 miliardi 911 milioni 900 mila lire. E di queste quante lei ne abbia direttamente incanalate in vari rami dell'intervento regionale, lascio immaginare alla comprensione dei nostri colleghi. Ben pochi, forse le briciole le son rimaste. E parla adesso, nella sua relazione e anche nel suo intervento dell'ultima volta, parla della esigenza incontrata in provincia di rifinanziare la famosa legge delega per 300 milioni, il cui risultato dovrebbe essere la garanzia di una movimentazione ulteriore di denaro, che tocca l'importo di 4 miliardi e mezzo. Disse che questo si pensava fosse ovvio e opportuno farlo, anche perché il Consiglio regionale aveva lo scorso anno espressa l'intenzione, il desiderio, la volontà, aveva prospettata l'esigenza che in questo determinato modo l'amministrazione regionale dovesse intervenire, dovesse provvedere. E come interviene, on. assessore, per far fronte a questa esigenza? Come interviene? Lei dice — è interessante il passo della sua relazione — lei dice: « Come è noto, l'inter-

vento pubblico nei riguardi delle opere pubbliche avviene finora con provvedimenti frammentari e disparati ». E conclude, dando corpo e anima al suo pensiero: « Si ritiene quindi necessario e urgente, ad evitare dispersione di mezzi, il lavoro di programmazione generale della Regione ». Diavolo di un assessore, io mi son detto, guarda un po', nel preciso istante in cui egli avverte l'esigenza di dover rifinanziare quella determinata legge sui lavori pubblici, ci dice anche, così limpido come l'acqua serenella, che non esiste ancora programmazione in Regione, che non esiste alcun programma nel suo assessorato, che fino ad oggi si è prodotta un'enorme massa di lavoro senza obbedire a delle leggi di indirizzo, a delle leggi che garantiscano la tranquillità dell'amministratore pubblico, che garantiscano soprattutto il retto e corretto impiego del denaro del contribuente. Difatti lei afferma che questa programmazione la si deve fare, ad evitare dispersione di mezzi. « Ad evitare dispersione di mezzi ». E da quando la Regione esiste al giorno d'oggi, si sono evitate le dispersioni di mezzi. E avendo ella constatato che non esiste alcuna legge di programmazione o alcun programma che potesse indirizzare la volontà dell'amministratore pubblico, dispersioni di mezzi che sono avvenute o non ne sono avvenute? E come si è programmato, e come si è operato nell'assessorato da lei retto, on. assessore, se questo coordinamento generale è venuto a mancare e se riconosce che non esiste e si sente la esigenza invece di crearlo? E questo problema suo è stato anche il problema mio, ed era il problema anche dei colleghi socialisti, che erano alla opposizione. Era il problema che affacciavano e affrontavano anch'essi, quando discutevano di questo preciso assessorato. Quante volte io li ho intesi proporre osservazioni giustissime. Dicevano essi che non si poteva continuare a andare avanti così, con una legge — era la legge 3 allora

— che permetteva e concedeva interventi in tutti i campi e a completa discrezione di chi amministrava la legge. Quante volte han fatto vedere questi pericoli che si annidavano in un qualunque amministrativo ed edificatorio, come era quello che presiedeva le sorti dell'assessorato da lei diretto. E tanto vero questa esigenza la sentivano allora, tanto vero che nel programma di collaborazione, proprio per questo settore dei lavori pubblici essi sono riusciti a fissare un concetto, che era un concetto rivoluzionario indubbiamente, un concetto nuovo, indubbiamente un concetto destinato a portare forse un po' d'ordine, là dove ordine tanto non esisteva. Perché proprio riferendosi ai lavori pubblici, dissero che ogni pratica, dissero che gli atti dovevano ottenere pubblicità. Reclamavano la pubblicità degli atti nel settore dei lavori pubblici. E perché reclamavano questo, perché l'avranno chiesto, perché l'avranno inserito in un accordo interpartitico? Evidentemente perché anch'essi avevano avvertito un disagio, la cattiveria di una politica che non si poteva più oltre sposare, alla quale intendevano porre rimedio e alla quale rimedio non hanno posto, perché la loro postulazione è rimasta fissata sì nel nero dell'inchiostro contenuto nelle paginette di quel libro, però non è stata tramutata in efficace strumento operativo. E allora? E allora, on. assessore, anche qui io debbo constatare con rammarico, purtroppo, che quella che era stata una buona intenzione e una volontà di porre rimedio a un qualche cosa che non andava, è rimasto così nel campo delle enunciazioni teoriche, è rimasto nel campo delle volontà espresse, ma non concretate, è rimasto come strumento di critica da parte del Consiglio, ma non è diventato affatto strumento nuovo per operare in quest'ambito. E dobbiamo porci anche un'altra domanda, on. assessore, che nasce da un'altra constatazione: quando si diede vita e

inizio alla attività regionale, che cosa si disse o si fece da parte dell'assessore che per primo resse questo assessorato, affidato oggi alla sua competenza? Si provvide a far giungere presso ogni amministrazione comunale un questionario, un formulario, in cui gli amministratori erano invitati a fissare i bisogni della vita comunale. Ogni amministratore redasse un suo piano, che poteva essere definito piano delle esigenze e dei bisogni, piano di fabbricazione. Tutto venne raccolto e documentato. Si diede vita a uno schedario in cui figuravano e gli acquedotti, figuravano le opere pubbliche necessarie, le strade, edifici comunali, gli asili, le opere pertinenti alle amministrazioni dei seminari, dei conventi, delle canoniche. Tutto, si disse, è stato raccolto e tutto abbiamo. Dopodiché, on. assessore, su quella base, che io penso lei non abbia trovata, ha provveduto oggi, in concomitanza con i danni alluvionali, a inviare analogo formulario presso le amministrazioni comunali interessate, per chiedere esattamente quei dati che allora si erano chiesti. Io lo ricordo benissimo l'assessore che allora presiedeva al suo settore qui dentro, allorché si trattò di chiedere all'on. Consiglio un miliardo straordinario per interventi nel settore dei lavori pubblici: affermò e proclamò che il programma esisteva e che erano abbondantemente note tutte le esigenze dei nostri comuni. E il miliardo che egli richiedeva, disse, serviva a porre rimedio a una situazione che richiedeva prontezza di intervento. Scoprimmo poi, on. assessore, che il miliardo stanziato sul piano straordinario serviva a pagare i secondi lotti e i terzi lotti che erano concessi in deroga, al di là della legge 3, indebitando i comuni e portando i comuni a compiere sul piano amministrativo delle operazioni che nulla avevano a che fare con la correttezza amministrativa. Ecco perché il miliardo lo si chiese. Ma in quell'occasione ricordo benissimo che un programma doveva



esistere, programma che venne ribadito nelle sue grandi linee, nella sua grande impostazione, allorché il Consiglio regionale si trovò sui propri banchi per la discussione la famosa legge 17, che doveva concedere le deleghe ai comuni. In quella occasione ci si disse che i bisogni delle nostre amministrazioni erano aumentati ormai a 15 miliardi globalmente. Ci sono 15 miliardi di lavori pubblici da fare; eravamo rimasti a 4 prima, ci siamo trovati a 15 miliardi per i lavori pubblici. Dopodiché si discusse, si delegò, si continuò a finanziare e oggi giorno si parla di un'esigenza di 20 miliardi per provincia. Sono 40 miliardi che bisogna che la amministrazione trovi per finanziare le esigenze e i bisogni dei comuni. Ora qui siamo veramente sul piano delle cavallette. Non è più possibile pensare al salto della quaglia, non è più possibile pensare che il responsabile del settore dei lavori pubblici parli di anno in anno scoprendo esigenze nuove. La dinamica della vita, è vero, riserva sempre esigenze nuove, anche sorprese, soprattutto se ci si mettono di mezzo gli elementi e le calamità atmosferiche, su questo non discuto; ma non è possibile che in questo settore si produca e si operi ancora, dal momento che si è delegato, a non emanare direttive e non a provvedere alla stesura di un programma che sia vincolativo per le amministrazioni provinciali. Lei mi dirà che arrivo quando il pacchetto ormai non solo fa saltare i tralicci e le case, ma fa saltare anche gli ossari, per cui le ossa di questa regione chissà dove noi le troveremo sparse fra poco tempo. Lei mi dirà che arrivo in ritardo, però non arrivo mai in ritardo per dimostrare quanto empirismo si è sempre mantenuto vivo e costante, e come meta ultima e come strumento di lavoro, da parte della amministrazione regionale. Siamo andati avanti sempre con il paraocchi e adesso ci si dice che bisogna evitare le dispersioni, la perdita del denaro pubblico, e quindi biso-

gna dar vita a un programma che permetta di amministrare nel migliore dei modi. Ora, on. assessore, che cosa propone alla nostra attenzione? Per quello che riguarda il programma generale, già abbiamo visto le linee nebulse entro il quale esso si conduce, o abbiamo constatata la sua inesistenza. E per quello che riguarda l'intervento diretto nelle opere che competono al suo assessorato, lei sa che molto ci sarebbe da dire, ma i rapporti nostri ci impediscono di dirlo. Tante volte ne abbiamo sentito parlare: Opera Divina Misericordia, Terme di Levico, Palazzo della Regione. Lei sarà stanco di sentirlo ripetere, ed ha ragione di questa sua stanchezza. Oltretutto lei l'ha ereditata, e un uomo non può essere reso responsabile della stanchezza che altri gli trasmettono, caso mai risponderà della stanchezza propria, che ha origine in sé. E qui, che cosa vuole mai, io la inviterei soltanto a stare attento, quando si tratta di opere dai noi finanziate, a stare attento ai capitolati, ai prezzi, agli appalti, perché non è possibile che si appalti, come è avvenuto per l'Opera Divina Misericordia, per l'asfaltatura dei piazzali e delle opere interne, asfaltatura a 1200 lire. Non è possibile, perché la faccio io l'asfaltatura a quel prezzo. Lei sa che più di 600 lire per opere del genere non si chiedono, eppure nei capitolati nostri figura il prezzo di cui le ho fatto cenno prima. Ed è doveroso allora che l'assessore intervenga a vedere il perché quali motivi; come è doveroso che intervenga a vedere il perché e quali motivi, quando noi siamo costretti ad affrontare il tema dei due edifici regionali in quel di Vipiteno e in quel di Silandro, perché non è ammissibile che un ufficio tecnico regionale faccia, rifaccia e rifaccia ancora il proprio progetto per un edificio che gli compete e che questo venga poi bocciato tre volte dall'autorità provinciale. E si superi l'*impasse* affidando quello che è compito sacrosanto del suo assessorato a un professio-

nista di gruppo linguistico diverso, perché in tal modo l'autorizzazione a edificare può giungere. Questo non è assolutamente accettabile da parte nostra, on. assessore, come non è accettabile che quando il Consiglio regionale stanziava una certa somma di denaro per far fronte ad una opera, non è accettabile che il suo ufficio tecnico non tenga conto dello stanziamento, e che quanto noi tre anni fa, fine '64, avevamo previsto per Silandro e per Vipiteno, venga adoperato od impiegato in sede di progettazione soltanto per uno dei due edifici, perché questo vuol dire disattendere a quelle che sono le direttive del Consiglio regionale. Non è pensabile. E non è pensabile poter andare avanti con la tecnica ormai consolidata delle perizie suppletive. Quante sono le perizie suppletive! Ma se noi andiamo a guardare quelle del palazzo della Regione, on. assessore, ci accorgiamo che per perizie suppletive, per quello che riguarda la pittura, ad esempio, siamo andati a una cifra che era oltre alla cifra pattuita per l'intera spesa da sostenersi nella pittura delle pareti. Quindi non è pensabile che si possa andare avanti così. Lei guardi quello strano edificio costruito ad opera e per intervento dell'amministrazione regionale in Bondone, edificio di cui non sappiamo ancora la proprietà a chi compete, quante perizie suppletive per pari importo a quello stanziato per la sua definitiva costruzione, son state fatte nel corso degli anni, da parte degli assessori che l'hanno preceduta.

Ecco, io la pregherei di voler sradicare questo cattivo sistema, che mi par viva all'interno del suo assessorato. On. assessore, ho appreso che anche lei si è trovata nella esigenza — dal momento che un nobile decaduto, come prima le dicevo — si è trovata nella esigenza di vagare nelle nuvole; anche lei ci ha offerto ipotesi di lavoro. Guardi, noi avevamo preso veramente per valida la impostazione dell'as-

sessore Albertini, ci eravamo illusi qui dentro, un po' tutti, che si trattasse veramente di un programma a cui doveva far fronte l'impegno del Consiglio regionale, l'intelligenza del Consiglio regionale. Eravamo tutti convinti, tra di noi, che si trattasse di un qualche cosa di nuovo e di un qualche cosa di serio che veniva a rompere la stagnazione amministrativa di questo bilancio regionale. Ci siamo accorti dopo, nel momento della conclusione, che si trattava di ipotesi di lavoro, non di colazioni di lavoro, di ipotesi di lavoro. Ci siamo accorti che erano idee buttate là per un domani; che non c'era affatto la volontà o l'esigenza o l'impegno di mutare registro per quello che riguarda la politica regionale. E anche lei allora, su quella scia, su quella strada, se ne è uscita con il suo programma stradale che riguarda lo Stato, se ne è uscita con l'enorme massa di denaro pubblico — quanti miliardi sono? Non ricordo, tanto sono tanti — che sarebbero necessari per creare strade statali, allacciamenti fra l'autostrada e le strade statali, per mettere a posto la viabilità della provincia, per creare la viabilità secondaria. Tutte queste cose, on. assessore, anche lei ce le ha volute affidare sul piano del sogno, sul piano della poesia. Che ha corredato poi di un'altra appendice, quella delle acque, quella del catasto delle acque, quella della esigenza di operare secondo un programma sul piano degli acquedotti. E qui il discorso, on. assessore, a parte la constatazione dei miliardi necessari, ci porterebbe lontano. Quante volte la Regione è intervenuta per finanziare acquedotti nuovi, per rinnovare acquedotti superati, per ripristinare acquedotti che ormai erano stati degradati. Quante volte! Penso non esista anno del suo assessorato che non abbia visto una notevole massa di intervento finanziario in questo settore. Anche nell'ultimo bilancio, negli allegati che ci si sono consegnati, io trovo che in provincia di Trento ci son stati 21 provvedi-

menti nel settore degli acquedotti, 21 provvedimenti per 26 milioni 564 mila 930 lire, mentre in provincia di Bolzano ci son stati interventi per 34 milioni 560 mila. Ora, on. assessore, questo che cosa ci sta a dire? Ci sta a dire che proprio nell'attività del suo assessorato è venuta meno dal primo giorno la impostazione del programma. Perché lei ci insegna che la civiltà di un popolo la si constata e la si documenta da due oggetti fondamentali: dal consumo dei libri e dal consumo delle saponette. Un uomo quanto più legge e quanta più acqua consuma, tanto più è civile. Anche lei lo ha adombrato questo concetto nella sua relazione, quando ha detto che erano troppo pochi 300 litri di acqua concessi giornalmente alla nostra popolazione, perché essa si trovava a vivere per grande arco dell'anno accanto a turisti che provenendo dai paesi nordici hanno più sviluppato il senso della civiltà. In buoni termini, in altri termini, sarebbe a dire che i turisti si lavano di più della gente che li ospita. Questo mi pare che con circonlocuzione ardita il suo pensiero abbia inteso dire. E allora diciamolo. Però è dal primo giorno che esiste questa Regione, che si è provveduto frammentariamente in questo difficile e importante settore dei lavori pubblici. Non si è mai costituito un catasto delle acque, la disponibilità delle acque non la si è mai controllata, non ci si è mai accorti che per vallata il problema andava impostato e risolto. Non si è tenuto presente che soltanto perché una felicità di natura ci consente di vivere entro questa fetta dell'arco alpino, noi veniamo a disporre di un quantitativo d'acqua che i paesi della pianura non hanno e che altri paesi del meridione si sogneranno sempre. Non abbiamo però capito come le fonti dell'acqua si stiano inaridendo esattamente come le sorgenti del petrolio. Non ci siamo mai posti in mente questa realtà e abbiamo fantasticato di galattodotti, abbiamo parlato della esigenza di raccogliere

il latte che si produce nello stesso arco e nella stessa zona, per portarlo a valle e lavorarlo e raccoglierlo e distribuirlo, e non abbiamo mai pensato che la prima rete ovvia e logica, che doveva soggiacere a questa legge, era la rete destinata a distribuire quel prezioso elemento che è l'acqua. Quanti degli acquedotti che abbiamo finanziato noi, nei primi anni della attività regionale, hanno conosciuto un intervento nuovo da parte dell'amministrazione regionale, perché superati, perché inidonei, perché la popolazione è cresciuta, o perché la popolazione se ne è andata, o perché il turismo si è sviluppato, o perché un'industria si è insediata? Quante di queste evenienze ci è dato constatare? Sarebbe utile e interessante conoscerlo, on. assessore. Quindi anche qua, voi che cosa fate? Sfondate una porta aperta. Anche qui, on. assessore lei viene a documentare la inesistenza di una politica in questo settore. E la scopriamo oggi questa esigenza, perché? Perché un Presidente che più non esiste, un Presidente degli Stati Uniti d'America ha lanciato anni or sono l'allarme sull'inaridimento delle fonti idriche. Bravura! Avevamo bisogno del richiamo kennediano, delle nuove frontiere? Bastava guardare la nuova frontiera che avevano i ghiacciai nelle nostre Alpi per accorgerci come il grido d'allarme andava gettato e come il suo assessorato doveva intervenire e provvedere. Non lo si è fatto, si dice che lo si farà. On. assessore, sul latte versato dicono sia inutile spargere le lacrime, e io lacrime non spargo. Le mie non sono lacrime, le mie sono soltanto constatazioni che mi competono, perché la mia funzione di minoranza è quella di far rilevare che cosa nella attività della maggioranza non abbia mai funzionato.

Ed a proposito di funzionalità, on. assessore, mi permetto di richiamare la sua attenzione su di un problema che penso vada risolto. La legge per gli acquedotti, la legge che

consente gli interventi nel settore dei lavori pubblici, è legge delegata; le Province sono tenute a trasferire i dati che le riguardano, perché i consiglieri regionali possano essi desumere quale sia una politica e valutare quale sia la realtà di una situazione operativa. Orbene, anche in questo settore lei deve intervenire, io chiedo che lei intervenga, perché io desidero conoscere i dati della provincia di Bolzano. Io non posso essere messo nella situazione che la provincia di Bolzano riepiloga e riassume i propri interventi con una paginetta in cui c'è scritto che i provvedimenti sono stati in tutto 94 per i comuni, 22 per gli uffici parrocchiali e 10 per i consorzi, e che si sono investiti 833 milioni 272 mila lire come valore nelle opere, e che si sono dati importi per 11 milioni 260 mila lire. Questo per la legge 17. E per la legge 3, che gli interventi sono andati a 21 comuni, a 17 uffici parrocchiali, a un consorzio; e che si siano finanziate 10 opere stradali, 5 scuole e convitti, 17 edifici di culto, 9 acquedotti, fognature e cimiteri-acquedotti, fognature e cimiteri hanno una omogeneità, mi pare, di indirizzo e di intervento, ed è bene fonderli e confonderli tra di loro — 2 edifici per servizi pubblici, un allacciamento elettrico, 2 edifici per beneficenza e assistenza. Non è questo che noi chiediamo, e non è questo che si deve fare. Anche la provincia di Bolzano, come la provincia di Trento, deve dare l'elenco dettagliato dei suoi interventi. I consiglieri regionali devono essere messi nella condizione di valutare indirizzi e di valutare la bontà o la non bontà di una politica che si attua. Non possiamo sottrarre a quello che è il controllo politico che ci compete, la attività amministrativa di una Provincia. Questo ancora nel pacchetto non c'è dentro. Pertanto, on. assessore, la mia richiesta ufficiale è quella di avere gli elenchi della Provincia di Bolzano per le due leggi dei lavori pubblici, nella misura e nella

maniera in cui sono formulati dalla Provincia di Trento. E li chiedo di avere prima che termini questa sessione. Pertanto la rendo garante della trasmissione degli atti che mi sono permesso di richiedere.

Altro io non voglio aggiungere, per quello che riguarda il suo assessorato ai lavori pubblici. Per ciò che aveva attinenza con il credito, molte cose ci sarebbero da dire, ma non le dico, perché debbo rispettare quello che è il programma di lavoro di questo Consiglio regionale. Però le preciso che essendo mancata la sua risposta per questo importante argomento allorché si è chiuso l'assessorato dell'industria, desidererei sentire i suoi concetti, le sue idee, le sue osservazioni, allorché si appresterà a rispondere sulle osservazioni che le sono proposte per l'assessorato ai lavori pubblici.

PRESIDENTE: La parola al consigliere Pruner.

PRUNER (P.P.T.T.): Signor Presidente, signor assessore, mentre progrediamo nell'esame di questo bilancio, si evidenziano due differenti metodi nel presentare i programmi. Da una parte gli assessori che hanno parlato per primi, l'assessore all'agricoltura, l'assessore all'economia montana e foreste, i quali non si sono impegnati in alcun modo con cifre e programmi o ipotesi di lavoro, mentre invece in un secondo tempo sembra che l'orientamento della Giunta sia quello di impegnarsi, di esprimere concreti programmi, cifre, ipotesi e propositi. L'assessore all'industria non si limita a pratici propositi o non è timido o accorto come lo erano i due assessori dell'agricoltura e all'economia montana e foreste, non sembra più scettico o pessimista come i due primi assessori; non più prudenti — io li chiamo prudenti; eccelsa virtù la prudenza in politica — non più prudenti i due assessori ai lavori pubblici e al-

l'industria, come lo furono quelli all'agricoltura e all'economia montana e foreste, ma un certo impegno lo vediamo, lo constatiamo. Riportano ipotesi di lavoro, comunque sempre qualcosa di più di quello che è stato fatto in precedenza dai primi due assessori; sono più espliciti nell'elencare e nel riportare i bisogni, anche se ipotetici nell'impostazione, anche se è irrealizzabile, a nostro modo di vedere, tale programma, anche se astrae dalla realtà finanziaria del paese, certamente dalla realtà finanziaria e possibilità economico-finanziaria di questo ente, delle nostre istituzioni autonomistiche. Questo programma, pur non proponendo alcuna soluzione concreta finanziaria, però, si proietta con un'ipoteca a venire su programmi, su piani economici finanziari che lasciano almeno intravedere la loro futura reale esistenza. L'assessore ai lavori pubblici fa quanto ha fatto l'assessore all'industria, che noi abbiamo avuto modo di criticare, per quanto positivamente da una parte e negativamente per la seconda parte, appunto per la mancanza concreta di possibilità di pianificare su una reale base finanziaria ed economica. L'assessore ai lavori pubblici direi che è convinto della bontà del sistema collaudato già dall'assessore all'industria e ne rincarà quasi la dose. Aumentano i miliardi, aumentano gli impegni, non gli impegni della Giunta, dell'assessorato, dell'Istituto che noi rappresentiamo, ma gli impegni generali su una base programmatica, dove dovrà subentrare anche il Governo centrale, lo Stato. Ma più aumentano i miliardi, altrettanto diminuiscono le prospettive per i primi programmi, quelli timidamente e prudentemente prospettati, i programmi dell'agricoltura, alla quale abbiamo dedicato uno dei posti chiave della nostra economia. Più aumentano le ipotesi di lavoro per l'assessorato ai lavori pubblici, meno reale è quindi la politica che è stata annunciata nel settore dell'economia agri-

cola e montana. Ma questi assessori timidi, incerti, più prudenti, non so se siano stati a loro volta d'accordo con la politica più coraggiosa degli assessori testè nominati dell'industria e dei lavori pubblici. Saranno questioni interne che non ci interessano. A noi interessa sapere che cosa in pratica succede; se questa è la politica generale della Regione, se questa è una politica che su un piano superiore è concordata, a parte quelle che possono essere le diatribe interne o le concorrenze fra un assessorato e l'altro. Però nel caso fosse così — sarebbe una critica doverosa e pesante che dovrei rivolgere alla Giunta — chiedo se non sia una tattica per tirare avanti, per rabbonire la opinione pubblica, o se invece sia una tattica per rendere edotti e persuasi gli organi di governo, per rendere persuasi i responsabili dell'economia e della politica del paese. Se questo metodo è rappresentato dalla volontà di aprire qualche valvola tipo art. 10, tipo art. 60, tipo art. 63 a favore delle finanze della Regione, in questo caso il sistema da noi può essere senz'altro accettato e condiviso; ma se, ripeto, fosse un sistema atto solamente a tranquillizzare l'opinione pubblica, io penso che non ne guadagnerà nessuno. Ci sarà una naturale ritorsione su quella che è la attuale politica generale del paese e quella che la Regione rappresenta, che non è altro che la sudditanza alla politica centrale. È già assodato che si vuole tirare avanti, promettendo e prospettando di anno in anno un programma dopo l'altro, una nota aggiuntiva, una dopo l'altra di queste demagogiche prese di posizione da parte governativa al centro. Cerchiamo di non correre anche noi su questa strada. Noi vi aiuteremo obiettivamente e sinceramente a sottolinearne i bisogni che sono reali, quelli descritti dal signor assessore, elaborati e studiati attraverso i propri uffici e che riteniamo senz'altro autentici e veridici in tutte le loro manifestazioni e nei loro parti-

colari. 224 miliardi 100 milioni per quanto riguarda il programma quinquennale per le opere stradali di vario tipo e di vario ordine e grado, penso che siano senz'altro veridici. I cinque e più miliardi per completare le opere degli acquedotti sono obiettivamente da accettare e da sottoscrivere. Ma non vorremmo appunto che fosse una programmazione sul tipo dei piani regolatori, dei piani urbanistici, dei piani quinquennali di sviluppo, dei piani nazionali locali, che sono stati finora una presa di posizione demagogica e niente altro. Io penso che le intenzioni di questa Giunta e del signor assessore siano ben diverse, che siano leali e che siano tali da voler fare bella figura nei confronti di quelli che sono i nostri bisogni obiettivi. Ci auguriamo che non subentrino ritardi, remore burocratiche, eventi contingenti statali o locali, che giustifichino magari un domani la mancata realizzazione di queste ipotesi di lavoro. Lo diciamo prima affinché non si approfitti e non si voglia approfittare di queste giustificazioni che sempre sono state tirate in campo, quando sono mancate le realizzazioni di importanti progetti e propositi come questi. Io chiedo se invece il signor assessore si sia voluto soffermare, anche sulle possibilità di realizzo di entrate, per far fronte alle spese di questi programmi. Si è pensato per esempio, alla modifica statutaria dell'art. 60, all'art. 10, alla modifica e riforma dell'art. 63, o ci si basa esclusivamente su eventuali assegnazioni di fondi, come quelle tanto desiderate, tanto attese, relative alla legge 614? O la fonte prospettata e attesa e desiderata è l'art. 16 della legge 614, il quale art. 16 prevede stanziamenti ulteriori oltre i 200 miliardi, a partire dall'esercizio finanziario 1967 fino al 1969? Queste sono le valide prospettive o le attese che possano dare maggiore concretezza e validità al programma del signor assessore? O sono continuamente generiche assicurazioni governa-

tive, sono programmi che vengono fatti sulla base di quelle che sono le solite espressioni che si sentono e si sono sentite da parte governativa, dove si dice: preparate i programmi che poi vedremo, verranno le relative leggi di finanziamento, Dio vede e Dio provvede? Nulla è stato detto in risposta a questo capitolo, cioè il capitolo delle entrate, per far fronte alle spese di questi programmi. Eccelsa virtù, ripeto, è la prudenza, la reticenza, ma in questo campo bisogna ben pur dire quale è la vera prospettiva che il signor assessore si è posto. Il tempo passa, le esigenze aumentano, non si fa fronte a problemi di carattere di estrema urgenza, che si determinano a seguito delle alluvioni. La insufficiente disponibilità di fondi in quei comuni dove l'evento alluvionale ha fatto più danni, la carenza finanziaria, la difficoltà in cui si trovano questi comuni, porta inevitabilmente alla creazione di nuovi problemi di ordine finanziario e di lavori pubblici. Non ci facciamo quindi nessuna illusione, non ci facciamo nessuna convinzione positiva sulle riunioni, sui comitati, sopralluoghi, convegni di studio, le consulenze, i viaggi a Roma, i contatti ministeriali, di cui continuamente veniamo a conoscenza attraverso la stampa. Non ci illudiamo sul programma di sviluppo economico, come non ci illudiamo sulla legge 614, dopo l'esperienza amara e deludente. Su quella non vogliamo pronunciarci più noi, vorremmo che si pronunciasse in questa sede la Giunta regionale, il governo regionale. Abbiamo sentito delle voci, ma non è stata denunciata la difficile situazione in cui ci si trova, causa la insufficiente o la deludente impostazione e deludente contenuto della legge n. 614. Era uno dei pochi scalini, era uno dei pochi provvedimenti finanziari sui quali ci si basava e sui quali si sperava ed è andato deluso completamente. Vorremmo, per evitare che in futuro, analoghi provvedimenti riservino lo stesso trattamento

nei nostri confronti, vorremmo che una denuncia venisse data ufficialmente dalla Giunta regionale in questa sede, circa l'insoddisfacente e il deludente contenuto della legge. Non lo dico questo con spirito polemico, ma lo dico con spirito critico, positivamente critico, proprio per evitare ulteriori trattamenti simili a quelli che sono stati riservati nei nostri confronti con questa legge. Perché non crediamo che un programma di 5 miliardi e rotti per gli acquedotti, un programma di quasi 200 miliardi per l'industria, si possa seriamente e concretamente affrontare senza che ci siano provvedimenti straordinari; e se poi questi provvedimenti straordinari si traducono in quella misura e in quei modi come è avvenuto fino adesso, le speranze di una ripresa nel nostro territorio son ben scarse. Ma non solo si deve programmare, per un certo sviluppo economico, su basi, su ipotesi di lavoro. Bisogna programmare non soltanto nel settore stradale, signor assessore, nel settore dei lavori pubblici per gli acquedotti, ecc., ci sono tanti altri piccoli settori importanti, forse non ancora ben conosciuti, non ben noti. Io mi limito a suggerire, come il cons. Ceccon, che se vogliamo che entri la civiltà ovunque nelle nostre comunità sparse in montagna e nelle nostre valli, si pensi anche alla sistemazione più a fondo di certe opere, come le fognature e la sistemazione interna di certi centri abitati, e anche l'allacciamento con strade secondarie d'accesso ai centri isolati del resto del nostro territorio, proprio sempre in considerazione della necessità di dover fare una politica che impedisca l'esodo dalle campagne.

Un altro tema dei lavori pubblici che mi preme far presente è quello dei rifiuti solidi; questo non è un programma del comune di Trento, di Merano, di Bolzano, è un problema, torno a dire, di carattere generale. Lo scarico di questo tipo di materiale diventa un problema non solo sanitario, non solo civile,

non solo di tutela del paesaggio, ma diventa — io vorrei che ci fosse qui l'assessore all'economia montana e foreste; in fin dei conti anche l'assessore ai lavori pubblici è interessato per una parte — diventa un tema di portata provinciale, regionale, di competenza proprio dei lavori pubblici o di sistemazione idraulico-forestale, che esige una sua propria impostazione, perché, non essendo mai stato affrontato, presenta degli inconvenienti gravi, non solo estetici, paesaggistici, turistici ed economici in genere, ma diventa un problema grave per la disciplina idrogeologica e idraulica dei torrenti. Lo scarico indiscriminato di questo materiale, la mancata possibilità di intervento, mancando le competenze alla Regione per quanto riguarda la pulizia idraulica, porta inevitabilmente, come ha portato, a un dissesto, un disordine idrogeologico. Oltre tutti gli altri aspetti, questo, per quanto riguarda il mio punto di vista, riveste una particolare importanza. Non nei comuni grossi, ma in quasi tutti i comuni, in quasi tutti i centri abitati, succede che la indisciplinatezza porta a degli inconvenienti che poi costano all'ente pubblico danaro per intervenire a sistemare i danni provocati dalle acque. C'è un altro problema, signor assessore, ed è quello dell'inquinamento delle sorgenti, provocato dalla mancata possibilità di far defluire o scomparire l'inquinamento provocato dalle fognature. Problema di sanità. Dove indiscriminatamente questo avviene e sono state registrati degli inconvenienti per l'inquinamento, questo problema attuale e moderno dovrà essere affrontato per garantire una maggiore tranquillità per quanto riguarda le sorgenti d'acqua potabile e la diffusione di malattie, ecc. Ma c'è un altro problema, ancor più importante e che qui da noi non è ancora stato minimamente esaminato: è il problema derivante dai pericoli di diffusione su vasta scala degli impianti ad olio combustibile. A questo proposito io

vorrei dire che legislazioni europee hanno già severissimamente controllato e stanno severissimamente controllando questo particolare settore. A noi sembra ancora inverosimile ed assurda una legislazione di questo tipo, mentre invece dovrà essere quanto prima affrontata, proprio nel nostro territorio accidentato di montagna, dove c'è il pericolo dell'inquinamento delle sorgenti d'acqua potabile causato da questi impianti ad olio combustibile, da questi serbatoi per i riscaldamenti e per le industrie, ecc., le cui perdite possono costituire grave pericolo, non come quello derivante da inquinamenti delle sorgenti ad acqua potabile da parte delle fognature, ma di diverso ordine molto più serio e molto più pericoloso.

Io, detto questo, ripeto solo che per fare una politica e per fare un programma di questo tipo, necessitano i mezzi. Sono prevedibili concretamente questi mezzi? E allora va bene, altrimenti torna nuovamente attuale quello che abbiamo proposto, a titolo così di cronaca, per dimostrare che non è sufficiente programmare quando non si hanno i soldi, ma bisogna far lavorare la nostra fantasia in varie direzioni. E torna attuale quello che ho voluto dire al signor assessore all'economia montana, cioè di fare in modo che in aiuto a questa nostra misera economia — ho parlato dei bacini montani, ho parlato della situazione montana in genere; ora parlo di opere pubbliche post alluvionali e non post alluvionali — intervengano i militari. Quel giorno si sorrise in quest'aula, in questa sede, eppure nell'enciclica papale, l'appello ai giovani, nella « *Populorum progressio* », al punto 74, è poi in fin dei conti quello che io stesso dissi in quella stessa mattina, ancora prima che uscisse e fosse resa pubblica questa enciclica . . .

MOLIGNONI (P.S.U.): Sei a contatto diretto col Vaticano!

PRUNER (P.P.T.T.): Ho anticipato . . .

(*INTERRUZIONI VARIE*)

MITOLO (M.S.I.): Credete di esserci solo voi comunisti in filo diretto col Vaticano. È anche lui, sì.

MOLIGNONI (P.S.U.): Noi soli siamo a filo diretto col Vaticano!

MITOLO (M.S.I.): Ecco, appunto!

PRUNER (P.P.T.T.): Avemmo modo di dire che quando la casa brucia, bisogna cercare ogni e qualsiasi sistema e mezzo per evitare che proprio bruci completamente. Abbiamo detto: si faccia ricorso a qualsiasi possibilità e forza. Ho detto dei militari e si sorrise. Ripeto che non c'era niente da sorridere. Il Papa dice: « Ci rallegriamo nell'apprendere che in talune nazioni il servizio militare può essere scambiato in parte per un servizio civile, un servizio puro e semplice, e benediciamo tali iniziative e le buone volontà che vi rispondono ». Non sorridete un'altra volta se io vi dico che non è più nè sociale nè moderno che si mantenga un esercito, che è indispensabile, perché senza di quello la nostra esistenza è sempre posta in pericolo, ma per il quale si spendono più di mille miliardi e che non si cerchi con la nostra fantasia, pur riconoscendo tutti i meriti e tutti i crismi della necessità a questo settore della spesa pubblica e a questo tipo di servizio e di difesa della nazione, non si cerchi la produttività anche di questo servizio di fronte a estreme situazioni di urgenza e di disagio come quelle attuali. Bisognerebbe eliminare certe storpiature, certi sistemi antiquati in questo servizio, come quello, per esempio, di mantenere l'attendente al capitano, l'attendente allo



ufficiale, che porti a scuola i ragazzi, come succede quotidianamente, che porti la signora del capitano a fare le spese in città, a spese della collettività, mentre in montagna, di fronte ai danni provocati dalle alluvioni, nella montagna del militare che fa questo servizio inutile, le opere pubbliche vengono posticipate, vengono trascurate proprio in virtù e in forza di un sistema che non è nè sociale, che non è moderno, ma che direi è medioevale. Perciò ho dovuto essere un po' più chiaro nella mia proposta e nella mia richiesta, per non essere frainteso.

MITOLO (M.S.I.): Abbasso gli attendenti, evviva le serve, eh Pruner!

PRUNER (P.P.T.T.): Esatto. Detto questo io aggiungo solo che mi auguro che, ciò considerato, si faccia tutto il possibile per portare avanti un programma concreto; lo si porti avanti con i mezzi che realmente e concretamente sono a disposizione e, se non ci sono sufficienti mezzi, si ricorra anche a sistemi innovatori e riformatori di quella che è la moderna e attuale impostazione di lavoro nei servizi in genere, per recuperare qualche cosa che possa ripristinare e riportare la nostra economia a un livello più decoroso, più degno che non l'attuale, che fra il resto è quello della emigrazione, emigrazione che noi abbiamo denunciato in sede di discussione generale al bilancio e non abbiamo avuto l'onore di avere una risposta fino adesso, nel senso di sapere quali sono le dimensioni di questo fenomeno. Ripeto: se andremo a ricercare i mezzi, i metodi di intervento con la nostra fantasia, con sistemi diversi da quelli che sono stati adottati finora, qualche cosa si combinerà, ma altrimenti la nostra posizione è quella di scetticismo nei confronti di una impostazione eccessivamente ambiziosa come è questa.

PRESIDENTE: La parola al consigliere Corsini.

CORSINI (P.L.I.): Signor assessore mi consentirà di riprendere in seduta pubblica alcuni temi che sono stati appena appena sfiorati in sede di commissione regionale al bilancio e che come tanti altri non hanno trovato neppure l'onore di avere un cenno nella relazione della commissione stessa, relazione che per il suo assessorato è estremamente sbrigativa. Si dice che la commissione, a proposito dell'assessorato ai lavori pubblici e al credito, ha preso in esame il rifinanziamento della legge regionale n. 17 sui lavori pubblici, che fra il resto era anche uno dei cardini, per questo settore, previsti nella stessa relazione del signor Presidente della Giunta regionale: il coordinamento dell'attività fra gli organi dello Stato, della Regione, delle Province per quanto concerne la viabilità della Regione. E così sbrigativamente il suo assessorato è stato liquidato con due notizie di cronaca più che di relazione. Ora in quella occasione, quando si è parlato in sede di commissione, io avevo fatto presente a lei, signor assessore, alcuni problemi non di natura particolare, ma proprio di impostazione della politica dei lavori pubblici della Regione. E li debbo evidentemente ripetere qui, sperando che abbiano, nella sua risposta, l'onore di un consenso o di un dissenso, da parte sua e da parte della Giunta. Innanzi tutto io non concordo con chi dice che l'assessorato regionale ai lavori pubblici è stato liquidato, o per lo meno non credo che questa sia la posizione che inevitabilmente l'assessorato regionale ai lavori pubblici ha. Di fatto, mi consenta di dirlo, non lo colga come una critica alla sua persona e alla sua azione, ma purtroppo di fatto, fino a questo momento, da quando è intervenuta la delega alle Province, l'assessorato ai lavori pubblici della Regione è come fosse ine-

sistente. Non penso che sia una grande gloria dell'assessorato quella di avere a disposizione quegli alcuni capitoli con le briciole del bilancio per aiutare il comune X o il comune Y — cose utilissime peraltro — a fare il progetto di un'opera pubblica che il comune stesso con i propri mezzi non riuscirebbe a fare, o qualche altra iniziativa anche pregevole, come quella che lei ha annunciato; così questi, che purtroppo si sente sono nient'altro che ipotesi di lavoro invece che programmi veri e propri, anche per la macroscopicità degli impieghi di danaro che essi prevedono. Ma potrebbe essere diversa la situazione dell'assessorato ai lavori pubblici della Regione, purché l'assessore ne avesse voglia e la Giunta regionale ne avesse voglia; purché la Regione volesse effettivamente, pur in presenza di una delega per l'esercizio delle funzioni amministrative lasciata così alle province di Trento e di Bolzano, continuare a mantenere la potestà, che statutariamente ha, di occuparsi del settore dei lavori pubblici. Mi pare che voi non solo avete passato alle Province i fondi da amministrare, ma vi siete anche svestiti, vi siete levati giacca e camicia e tutto per ridurvi in una condizione francescana di umiltà pregevole sul piano morale, ma tutt'altro che pregevole sul piano amministrativo e positivo. È proprio vero che la delega data alle due Province di Trento e di Bolzano, attraverso la legge 17, taglia fuori la Regione da qualsiasi possibilità di azione nel settore dei lavori pubblici? Non è affatto vero. Lo è perché voi lo intendete così, ma a senso di diritto non è affatto così, non lo è. Voi purtroppo avete rinunciato a qualsiasi politica dei lavori pubblici, vi preoccupate soltanto di cercare di ammannire i mezzi e i fondi, di fare degli studi, di dire: occorrerebbero decine e decine di miliardi; vi siete ridotti a sentire le rampogne da parte delle Province, che naturalmente vi rimproverano in

una maniera i fondi insufficienti per quelle che sono le richieste che esse stesse ricevono, ma poi il modo in cui questi fondi vengono impiegati, i settori di priorità in cui questi fondi vengono impiegati, un piano coordinato razionale, non mi risulta che voi l'abbiate raccomandato alle Province non mi risulta che voi abbiate dato delle direttive come nell'istituto della delega è possibile fare, non mi risulta che abbiate fatto neanche un'opera di controllo sul modo in cui le Province impiegano questi fondi della Regione, avete liberato la corsa di questi altri due enti, e vi limitate a star a vedere che cosa succede. E che cosa succede, signor assessore, è qualche cosa che non può essere approvato da noi e non è approvato neanche da parte di numerosi cittadini della regione Trentino-Alto Adige. Io non voglio andare a fare i conti in casa altrui, perché ormai le due Province sono diventate case diverse e divise — se n'era lamentato anche nel suo precedente intervento il cons. Ceccon — per cui della provincia di Trento qualche notizia abbiamo, della provincia di Bolzano ci si dice: voi state bravi, siete consiglieri regionali, ma di una regione che arriva fino a Salerno, più in su di Salerno non avete più niente da fare. Questa è la realtà di fatto. E allora io mi limiterò, anche in mancanza di notizie e di dati precisi, a esaminare un poco la politica dei lavori pubblici in provincia di Trento; lo farò in provincia di Trento, quando si parlerà del bilancio provinciale, ma lo devo fare anche in questa sede, perché io ritengo che con la delega l'assessorato regionale ai lavori pubblici non abbia perduto la competenza, la potestà, il diritto e il dovere di intervenire nel settore dei lavori pubblici stessi. Io vorrei — ho fatto anche richiamo in sede di commissione, purtroppo non l'ho portato oggi, sarebbe stata una lettura estremamente edificante, specialmente in una seduta pubblica — avrei voluto portare con me il te-

sto di un discorso che l'avv. Bruno Kessler, Presidente della Giunta provinciale di Trento ha tenuto ad una riunione degli amministratori comunali democristiani della provincia di Trento. E in quell'intervento, realista com'è — al collega Kessler si possono fare tante osservazioni, non si può fare l'osservazione di non essere realista — realista com'è ha fatto un quadro di quella che è la situazione dei servizi pubblici in provincia di Trento. E questo quadro l'ha fatto in provincia di Trento. E questo quadro l'ha fatto con un intento, dinanzi agli amministratori; con l'intento di dire agli amministratori comunali: guardate che voi dovete smettere la politica della proliferazione dei comuni — politica per la quale l'avv. Kessler deve battersi le mani come tutti i membri della democrazia cristiana, perché è stata voluta dal 1948 in poi dalla D.C. questa politica di moltiplicazione dei comuni per sporogenesi, si direbbe con un termine biologico — dovete smettere con questa politica di moltiplicazione dei comuni, e passare invece a una politica completamente opposta — se ne riparlerà poi quando tratteremo dell'assessorato retto dal dott. Fronza —, ad una politica diametralmente opposta, che è quella della unificazione dei comuni. Necessità di creare comuni di una certa consistenza territoriale, di una certa consistenza di abitanti, per avere anche una certa consistenza finanziaria ed economica, perché questa situazione che avete creato voi democristiani, a lungo andare ha rivelato quello che era inevitabile, quello che molti delle parti non di maggioranza sono andati dicendo fin dal 1948: ha creato la istituzione di comuni tisici, di comuni asfittici, per meglio dire, comuni che non sanno assolutamente se non fare quella piccola, esigua gestione, che le loro entrate consentono e permettono. Per convincere questi amministratori comunali della necessità di tornare all'indietro l'avv. Kessler ha presentato qual'è lo stato vor-

rei dire di inciviltà, in cui versa ancora la provincia di Trento. E io, altre volte, in altre occasioni, da quando ho letto quella relazione, ho ammonito dovunque ho potuto i miei concittadini della provincia di Trento a smettere di credere che noi viviamo in una specie di paradiso terrestre. Abbiamo delle zone che non hanno nulla da invidiare alla situazione di regresso e di umiliazione economica e civile, quale si trova nell'Italia meridionale, nella Calabria, nella Sila. E questo non è un giudizio mio, questo è un giudizio che dà il Presidente della Giunta provinciale di Trento. Se avessi qui i dati, ma qualcuno credo di ricordarlo a memoria, sono tali da doverci mettere le mani nei capelli. Quando si dice che 33 mila abitanti in provincia di Trento vivono ancora senza avere l'acqua potabile nelle case; quando si dice che circa 40 mila abitanti della provincia di Trento vivono senza avere i servizi di fognature. Questi sono dati forniti dall'assessore, dal Presidente della Giunta provinciale Kessler, non dati elaborati dalle cattive opposizioni, dalle minoranze che vogliono sempre criticare. E mi sono limitato semplicemente a questi due esempi: acqua potabile e fognature, che mi pare siano il minimo indispensabile per poter dire che siamo a un livello in cui può incominciare una vita civile. Se mancano questi due servizi, direi che proprio è meglio che la smettiamo di fare il paragone con la Calabria e con la Sila, ed è meglio che cominciamo a fare il paragone con alcune zone della provincia di Trento. Ora, signor assessore ai lavori pubblici, lei domanda il denaro, lo domanderà con una legge, qui si dice che sono già accantonati 100 milioni per il rifinanziamento della legge 17. Cosa intende fare? Li dà questi denari alle Province, senza nessuna direttiva, lasciando che le Province facciano quello che credono? Che cedano maga a delle istanze, necessarie anch'esse io non lo dubito, perché è sempre meglio avere un bel-

l'edificio scolastico piuttosto che averne uno brutto, ma è, credo, altrettanto più necessario avere l'acqua potabile che arriva nelle case, piuttosto che dovere andare ancora con il secchiello alla fontana pubblica; è necessario avere un servizio di scolo delle acque putride e dei materiali di rifiuto, che non ci metta in certe condizioni che sono veramente vergognose. Ora basterebbe questo, signor assessore; basterebbe dire che dopo venti anni di autonomia regionale e dopo venti bilanci nei quali le somme delle entrate e delle spese sono state sempre, vorrei dire, divise 45% all'agricoltura i primi anni, 45% ai lavori pubblici e 10% al resto, per dire che la politica dei lavori pubblici fatta dalla Regione è stata sbagliata, non potrei neanche dire questo, ma è rimasta incompleta, è rimasta monca. La politica dei lavori pubblici in Regione — e non vi dolga se io torno su questo tasto e su questo argomento — ha permesso la costruzione della meravigliosa casa dello studente dell'arcivescovile nella città di Trento . . .

SALVADORI (D.C.): È vecchia!

CORSINI (P.L.I.): È vecchia ma è la verità. Ha permesso questo, ma ha lasciato 33 mila dei nostri concittadini nel 1967 nella condizione di non avere ancora l'acqua potabile e le fognature. Questa è la politica dei lavori pubblici che avete fatto. Non le pare che dopo venti anni valga la pena di prendere in esame questo problema? Non le pare che al di là di quello che è stato lo sciorinamento di cifre necessarie e di ricerche e di studi — piano degli acquedotti, piano di questo, piano di quest'altro — ci sia qualche cosa di estremamente più modesto da fare, ma di estremamente più urgente? Di sanare queste situazioni di inciviltà che esistono ancora nella regione? Questo mi pare che debba essere detto, e io non riterrò

mai sufficiente e mai approvabile una politica dei lavori pubblici della Regione, che si disperda in grandi piani, senza curare di medicare quelle prime piaghe e quelle prime ferite, che quando si vedono fanno venir vergogna a noi stessi, a noi tutti che siamo amministratori di un bilancio in cui trovano stanza anche spese di questo tipo.

Così il gruppo liberale, lo diciamo fin dall'inizio, non è affatto portato a dare il suo consenso nè in questa sede, nè nel momento in cui verrà presentato il disegno di legge per un rifinanziamento *sic et simpliciter* della legge regionale n. 17, se essa fosse mantenuta e qui non ci sono notizie che si verrà a mutare lo spirito della legge stessa — se essa fosse mantenuta così come è stata la legge 17 che ci vuole rifinanziare. Noi crediamo che la Regione debba svolgere, anche con l'istituto della delega, una propria politica dei lavori pubblici, e crediamo che lei abbia una responsabilità politica e una responsabilità morale di andare a vedere quelle situazioni, dove la politica delle Giunte provinciali non è arrivata a coprire quei vuoti che voi avete lasciato dal passato e che devono essere immediatamente coperti. Per questo, in sede di commissione, io le avevo domandato se lei aveva intenzione di elaborare una proposta di legge, che riservasse all'assessorato regionale, indipendentemente dalla prosecuzione della esecutività e della operatività della legge 17, riservasse all'assessorato regionale la possibilità di un intervento diretto, e naturalmente che fornisse anche i mezzi per questo intervento diretto, in modo che la Regione potesse svolgere questa sua politica dei lavori pubblici direttamente e indirettamente attraverso una serie di direttive e attraverso il necessario successivo controllo alle Giunte provinciali perché esse impieghino i mezzi derivanti dalla legge 17, dal rifinanziamento della stessa, in modo tale da riequilibrare queste disastrose

condizioni di squilibrio territoriale ed umano che si rivelano anche all'interno della regione Trentino-Alto Adige e, per quanto conosco più direttamente, all'interno della provincia di Trento. Ci pare che un intervento di questa natura sia assolutamente necessario, anche perché, me ne rendo conto, le Giunte provinciali sono ossessionate da questo problema dei lavori pubblici e qualche volta devono cedere di fronte a delle richieste che sono più grandi e dimenticano invece di coprire le richieste minori e quelle che sono più evidenti e che reclamano più direttamente un immediato intervento. Gradiremmo che in questa legge regionale si facesse richiamo alla eccezionalità degli interventi, eccezionalità che dovrà essere chiaramente indicata nel disegno di legge stesso. Innanzi tutto la eccezionalità di quando si tratta di importi modesti, perché noi vediamo che con importi modesti si potrebbero risanare gravi situazioni e non vengono trovate neanche queste briciole di danaro pubblico; e che questa eccezionalità fosse riservata ai lavori attinenti ai servizi essenziali, trascurando magari momentaneamente interventi di altra natura, che possono pur essere utili, ma che possono attendere o che non sono così evidentemente chiari. Servizi essenziali per quanto riguarda particolarmente le strade, gli acquedotti e le fognature; e che la legge prevedesse la possibilità della Regione di intervenire in situazioni che sono anomale. Ci sono dei lavori pubblici che continuano ad essere scaricati. Il Comune dice: ma è competenza mia fino a un certo punto; la Provincia: ma quella non è una strada provinciale, perciò io non ho la possibilità di intervenire. Si va in sede di commissariato del Governo, perché magari è una ex strada militare e ci si sente rispondere picche anche lì. E intanto abbiamo frazioni, come quelle che ho nominato più di una volta, che vivono isolate, fuori dal mondo. Perciò possibilità di intervenire in queste

situazioni anomale, e naturalmente i destinatari di questi interventi e contributi, vuoi in conto capitale, vuoi in conto interessi, siano solo ed esclusivamente i comuni. Troppo danaro è andato ad altri destinatari, legittimamente e illegittimamente, come ci ha fatto notare il Governo al momento in cui ha approvato la legge 17; il Governo ce lo ha fatto notare con molta franchezza. E questi interventi siano poi riservati ai comuni poveri, ai comuni piccoli, ai comuni che non hanno neppure la possibilità di ricorrere a mutui, perché non hanno mezzi di delega, di delegazioni e via dicendo. E gradiremmo che questo disegno di legge potesse prevedere un aumento di quelli che sono i contributi in conto capitale, piuttosto che i contributi in conto interessi, e che per casi eccezionali, veramente eccezionali e meritevoli, il contributo in conto capitale possa arrivare al di sopra anche del 70%, avvicinarsi al massimo necessario per la esecuzione dell'opera. Tutte queste cose, meno analiticamente, le avevo più o meno esposte in sede di commissione, e allora, signor assessore, non ho avuto se non delle assicurazioni generiche da parte sua. Io mi auguro che in questa sede lei possa dire qualche parola più esplicita, e più di tutto, signor assessore, mi auguro che i grandi piani e i grandi progetti e programmi per il futuro siano magari ritardati, se volete ancora di un anno, e che in quest'anno si provveda semplicemente a prosciugare quelle indegne piaghe del vivere civile che esistono ancora nel Trentino, che esistono in provincia di Trento. Io lo so che se incominciassi qui a fare una esemplificazione, alla quale son tentato di giungere proprio per denunciare in sede pubblica uno stato di cose intorno al quale pare che il potere delle autorità regionali e delle autorità provinciali si sia spuntato e si sia fermato, molti di parte vostra, di parte democristiana, direbbero: ecco, ancora si torna con il consueto e-

sempio della situazione del comune di Trambileno. Sì, lo so, ma forse proprio per questo, forse dovendo cedere a un imperativo del dovere, è bene che si sappia in seduta pubblica come, ad esempio, una zona alle porte di una città, viva ancora in uno stato miserevole e sia stata completamente dimenticata e trascurata e da voi Regione e dai vostri colleghi in Provincia di Trento, da coloro che siedono sui banchi della Giunta provinciale. È dall'anno 1963 che porto le continue lagnanze di questa popolazione, che vive in una delle zone meno favorite dalla natura, all'interno di una valle tutt'altro che ricca e tutt'altro che bella, servite da strade, specialmente nelle frazioni, nelle quali e per le quali si rifiuta di passare il medico condotto, se è chiamato di notte; non servite neppure di una sufficiente rete di illuminazione pubblica, con un acquedotto che è stato visto dal medico provinciale e che attraverso i rubinetti delle case lasciava uscire non soltanto l'acqua ma grovigli di lombrichi. Questa è la verità . . .

GRIGOLLI (assessore economia montana e foreste - D.C.): Si sono finanziati 3 acquedotti in Vallarsa e . . .

(INTERRUZIONI)

CORSINI (P.L.I.): . . . La strada per andare alla frazione di Cabianche non mi risulta che sia stata ancora toccata. È stato fatto non per intervento della Regione, ma su una legge dello Stato, è stato fatto uno sbancamento di una roccia in una strada vicina e ivi gli operai che la mattina si recano a Rovereto per il lavoro corrono giornalmente il pericolo di infortuni, e un infortunio piuttosto grave è già avvenuto . . .

SALVADORI (D.C.,: *(Interrompe)*).

CORSINI (P.L.I.): Sì, e il sindaco ha risposto all'assessore Segnana che non ha tempo di venire a Trento. E allora che cosa fanno le autorità? Allora le autorità devono in un qualche modo sostituire il sindaco e mandare un commissario al Comune, se il sindaco non ha la volontà di accudire a situazioni di questa natura . . .

AGOSTINI (P.L.I.): È andato nella vostra sede della democrazia cristiana il sindaco, perché la sede vera è in via S. Francesco d'Assisi, la sede della Regione e della Provincia!

(INTERRUZIONI)

CORSINI (P.L.I.): Ora, signor assessore, io ho voluto darle solo un esempio, ma evidentemente le 33 mila persone di cui parla il Presidente Kessler nella sua relazione non vivono soltanto a Trambileno o a Cabianche o agli Spini di Trambileno, vivono anche in altri luoghi della provincia di Trento. A questo vorremmo provvedere, o le lasceremo lì ad aspettare ancora e a convincersi che quell'unico sogno, oltre a quello di natura politica, che poteva essere sognato con la autonomia regionale, quello della immediatezza degli interventi da parte dell'ente pubblico, è stato anch'esso un sogno di tradimento invece che di realtà. Questo le nostre popolazioni speravano dall'autonomia e questo si continuava a sentir dire: ogni volta in cui c'è bisogno di svolgere una pratica con Roma bisogna aspettare mesi e mesi ed anni e fare viaggi e pregare il tal direttore generale e via dicendo. Che cosa ha fatto l'autonomia in questo senso di meglio di quello che era il potere centrale? Che cosa, se esistono ancora situazioni di questo genere? O voi non le conoscete, come non conoscevate questa situazione, per dichiarazione vostra, dai banchi della Giunta provinciale di Trento, o le conoscete

e non avete la volontà di intervenire. I motivi li lascio dire a voi, io non faccio il processo alle intenzioni.

AGOSTINI (P.L.I.): Terragnolo non vota D.C. ed è per questo che non si interessano!

GRIGOLLI (assessore economia montana e foreste - D.C.): Di sciocchezze!

(*INTERRUZIONI VARIE*)

AGOSTINI (P.L.I.): Questo è il fatto, caro Carbonari! . . .

(*INTERRUZIONI VARIE*)

CORSINI (P.L.I.): Se lei vuole svestirsi completamente, non tanto dei suoi poteri o dei suoi diritti, quanto dei suoi doveri, continui a fare questa delega indiscriminata alle Province; se invece ritiene di poter intervenire, come è suo dovere, in situazioni di questo tipo, si mantenga una disponibilità di mezzi per il suo assessorato e abbia una legge che le consenta di intervenire direttamente, oppure se questo le Province non le consentiranno, obblighi la Giunta della quale fa parte a dare delle direttive per l'intervento nel settore dei lavori pubblici e ad osservare poi che queste direttive siano effettivamente rispettate. Gli studi sono una splendida cosa, una bellissima cosa, il catasto degli acquedotti, il catasto delle fognature, una bellissima splendida cosa, ma non è con questi studi che si risana la situazione delle nostre popolazioni.

PRESIDENTE: La parola al cons. Vinante. Lei ha detto che sarà breve, no?

VINANTE (P.S.U.): Il gruppo socialista

ha riconosciuto sempre valida la politica dei lavori pubblici, l'ha sostenuta, l'ha difesa, appunto perché riteneva che questa politica doveva sottrarre da uno stato di estremo disagio molte popolazioni. Però il gruppo socialista ha sempre sostenuto anche il principio della priorità delle opere. E ciò ancora fin dal 1948, quando la Regione ha introdotto e inserito questa politica nelle sue attività di primaria importanza. Il partito socialista ha sempre affermato il principio che si debba stabilire una graduatoria delle opere da realizzare, secondo i bisogni maggiori delle popolazioni. Quindi acquedotti, strade, fognature e così via. Il problema quindi è sempre stato tenuto da noi nella massima considerazione, e questo convincimento non fu solo di allora, questo convincimento è di oggi e questo convincimento è di domani; e vogliamo dire a coloro che ci hanno chiamati in causa che il nostro atteggiamento sarà sempre lineare su quella politica che noi abbiamo avanzato e che abbiamo sostenuto anche per il passato. Difatti nelle discussioni politiche che noi abbiamo avuto con il partito di maggioranza per la creazione della Giunta regionale di centro-sinistra, abbiamo inserito negli accordi programmatici, la questione dei lavori pubblici, la necessità di creare una programmazione.

AGOSTINI (P.L.I.): Però tutto è rimasto sulla carta! . . .

VINANTE (P.S.U.): Cons. Agostini, guarda che la possibilità di premere il campanello per risolvere il problema, lo hanno solo i liberali. Questo privilegio tenetevelo, ve lo lasciamo, perché sappiamo che voi risolvete tutto.

AGOSTINI (P.L.I.): Siete voi nella stanza dei bottoni.

VINANTE (P.S.U.): Quando ci siete sta-

ti voi, avete fatto ben poco, se è per questo . . .

(*INTERRUZIONI VARIE*)

VINANTE (P.S.U.): Bè, è simpatico, niente di male. Ora vorrei dire questo: che quel convincimento, quegli accordi politici sono validi anche oggi. Noi diciamo con estrema franchezza che non approveremo la legge di finanziamento sui lavori pubblici se non sarà stato affrontato il problema della programmazione, il problema della priorità. Questo sia ben chiaro, perché mi pare che soprattutto dalle opposizioni si vada sempre a cercare qualche spunto per colpire soprattutto il gruppo socialista.

Io penso che questa dichiarazione sia stata necessaria, perché anche stamane sono sollevate delle obiezioni e delle accuse che non hanno alcuna ragione di essere. Quindi di questo argomento verrà riportato nuovamente in Consiglio al momento in cui si parlerà della legge sul finanziamento.

Le esigenze nel campo dei lavori pubblici sussistono, lo sappiamo. Ci sono delle situazioni veramente critiche, veramente dolorose. Ci sono dei centri che non hanno ancora quelle infrastrutture che sono di eccezionale importanza, quale per me è la strada, quale per me è l'acquedotto. Si dovranno affrontare in questa direzione, e in ordine prioritario queste opere per aiutare molte popolazioni a risollevarsi dalla loro situazione. Certi paesi non sono ancora collegati con le reti stradali provinciali o statali e vivono completamente isolati. Quindi riteniamo che gli interventi dei lavori pubblici debbano continuare, perché ci sono ancora notevoli bisogni; ci saranno ancora per l'avvenire e noi daremo senz'altro il nostro appoggio, noi daremo senz'altro la nostra approvazione a questa continuità, naturalmente con-

dizionata a quelle esigenze e a quei bisogni.

Oltre a questo si sono verificati nell'autunno scorso le alluvioni, le quali hanno veramente tolto la possibilità di poter soddisfare le esigenze e i servizi delle diverse popolazioni. La Regione ha cercato di affrontare questo problema nel miglior modo possibile, ma i mezzi non saranno certamente sufficienti.

Io ho avuto occasione di intrattenermi anche con il signor assessore, il quale ha promesso — e io sono certo che lo farà — di affrontare il problema con la massima celerità. Ci sono dei comuni che effettivamente si trovano in gravi difficoltà, privi di mezzi e quindi nella impossibilità di affrontare queste attuazioni. Il signor assessore ha dato tutte le assicurazioni di dare l'appoggio massimo a questi comuni, sia anche offrendo dei tecnici nella eventualità che ci siano delle difficoltà.

Ora, concludendo — io mi ero ripromesso di essere molto breve, perché gli impegni di arrivare alla approvazione del bilancio devono essere osservati, se si vuole effettivamente rispettare i termini —, concludendo, io raccomando al signor assessore, per questa parte soprattutto, di cercare di sburocratizzare il più possibile il lavoro e di facilitare nel miglior modo il ripristino di queste opere. In questo modo le popolazioni colpite potranno riprendere fiducia in se stesse e nelle istituzioni pubbliche, particolarmente nella Regione.

PRESIDENTE: La seduta è sospesa. Riprendiamo alle ore 15.

(Ore 12.35).

Ore 15.10.

PRESIDENTE: La seduta riprende. La parola al cons. Martinelli.



MARTINELLI (Segretario questore - D.C.): Signor Presidente, egregi colleghi, signor assessore, sul tema della viabilità in particolare su cui intendevo intrattenermi è già stato parlato a lungo e pertanto io sarò piuttosto breve. Comunque desidero lo stesso soffermarmi su questo argomento, in particolare mettendo in evidenza quella che può essere l'importanza della viabilità per quelle zone di sottosviluppo, quelle zone depresse, che pur nell'area della nostra regione, che può essere considerata depressa rispetto ad altre regioni italiane, zone sono tuttavia che possono nell'interno stesso della nostra regione, essere catalogate diversamente. Ora non sfugge a nessuno l'importanza del problema viario, per lo sviluppo appunto armonico della società. Di viabilità si è già parlato e lei, signor assessore, ha anche esposto in cifre di miliardi quelle che sono le necessità per la realizzazione di un piano viario di competenza statale, di competenza provinciale, di competenza comunale. Io non posso tralasciare però questa occasione per sottolineare quanto si ritenga essenziale per lo sviluppo economico e armonico delle nostre popolazioni, specie appunto per queste zone depresse a cui io mi voglio richiamare, questo particolare problema. Gli squilibri che noi sentiamo e che spesso si sentono ricordati in interventi sui giornali, in riunioni, sono squilibri che risalgono a fattori differenti senz'altro, ma in cui tuttavia la questione delle strade è credo uno spunto essenziale per risolvere questi squilibri. Noi assistiamo a richieste diverse e senz'altro tutte lodevoli, tutte considerevoli, nei diversi settori per lo sviluppo della società. Abbiamo sentito parlare dell'industria, abbiamo sentito parlare di agricoltura. Riteniamo comunque che per qualsiasi zona, per qualunque zona, la questione delle strade è la soluzione primaria che si deve dare per introdurre una vivacità di idee, un fermento di innovazione, che può allegge-

rire quella che è una stasi che pesa gravemente su determinate zone nostre e che può contribuire a equilibrare, nell'interno della nostra regione, vallate più ricche, più beneficate e vallate meno beneficate. Gli squilibri che noi sentiamo spesso denunciati fra regione e regione, fra zona e zona, si possono vincere innanzitutto, riteniamo, con una buona viabilità che favorisca gli scambi, che diminuisca i tempi di percorrenza e che renda questi percorsi più sicuri, facili, ne faciliti poi il commercio e contribuisca a distribuire quelle schede turistiche che spesso, di fronte a una strada dissestata, girano la macchina e scelgono altri itinerari. E non sembri questa mia dizione un qualche cosa di banale, perché veramente qualche volta ci troviamo di fronte a certe nostre strade piene di buchi, strade magari non ancora asfaltate; e non parlo senz'altro delle strade di carattere comunale, mi riferisco in particolare proprio a strade di competenza statale, di interesse statale, in amministrazione praticamente all'ANAS. Il piano di sviluppo quinquennale, che si propone di superare appunto gli squilibri fra zone povere e zone ricche, mette in evidenza un programma di strade a cui guardiamo con simpatia. Io mi voglio soffermare in particolare sulle strade di competenza dell'ANAS, perché dobbiamo dire che le due Province hanno fatto qualcosa di encomiabile, nella possibilità che loro era data, hanno fatto qualcosa che superava talvolta le forze di cui disponevano, però specialmente per quanto riguarda l'ANAS c'è talvolta da doversi lamentare. Mi riferisco in particolare senz'altro alle zone che io conosco un pochino di più. Voglio qui ricordare le Giudicarie, come potrei ricordare qualche altra zona. Voglio ricordare due particolari, tanto perché il mio parlare non sia generico: nella fine dell'ottobre 1965, alla fine dell'autunno '65, dopo una notevole piovuta, potremmo dire quasi una mezza alluvione, era

stata asportata parte della sede stradale, strada ANAS, che da Trento porta a Tione, in vicinanza del bivio che porta a Ragoli. Ci con voluni 7-8 mesi prima che l'ANAS provvedesse a riattivare la circolazione sulle due carreggiate, e si è arrivati all'autunno '66 prima che fosse riattivata questa circolazione. Poi ricordo un altro particolare: cinque o sei anni fa una strada che la provincia di Trento allora stava sistemando, allargando, la strada che da Riva porta a Ponte Arche attraverso il passo del Ballino, è passata all'ANAS. Restavano da compiere ancora e da allargare e da sistemare pochi chilometri: due chilometri e mezzo, tre, dal lago di Tenno, per chi conosce questi luoghi, al paese di Ballino. La strada è restata tale e quale in tutti questi anni; l'anno scorso anzi c'è stato un momento di vera sollevazione della popolazione interessata a questa strada, perché proprio questa strada era in una tale situazione di intransibilità, che reclamava e permetteva alle popolazioni giustamente di reclamare in termini anche vivaci, che l'ANAS ci ponesse mano. Per fortuna è passato il giro d'Italia, e appunto pochi giorni prima che passasse il giro d'Italia, si è provveduto a sistemarla adeguatamente. Comunque quel tratto di strada resta sempre una carreggiata polverosa, che potrebbe senz'altro dare una apertura verso la parte delle Giudicarie esteriori che sono interessate da questa strada, a una corrente turistica, perché la strada è anche veramente interessante e panoramica. Ma comunque sia, è una zona depressa, se noi non la rendiamo avvicicabile, non la rendiamo più comoda per il traffico resterà sempre depressa, anzi si andrà sempre più distanziando quella che è l'economia di altre zone più ricche da queste zone meno povere, se noi non facciamo una rete stradale adeguata. E, ripeto, è specialmente competenza dell'ANAS e quindi il tema delle strade lo vedo specialmente parlando di strade sta-

tali e sollecito l'interessamento dell'assessore per questa viabilità in particolare, non sottacendo comunque l'interesse anche di una viabilità provinciale, di una viabilità comunale. Ma comunque prego l'assessore di interessarsi a questo problema e di sollecitare presso l'ANAS la soluzione di questi problemi, altrimenti i nostri programmi di equilibrio tra zona e zona, di perequazione fra zone povere e zone ricche, può essere solamente e resterà un qualche cosa di illusorio e un qualche cosa di irraggiungibile. So che l'assessore d'altra parte ha cercato di interessarsi e quindi io gli devo anche rendere atto di queste sue iniziative, mi auguro solamente che questi interventi continuino e arrivino a una soluzione.

Alcuni anni fa si parlava per esempio, e sembrava ormai lì lì per essere risolto, del problema delle strade che da Trento portano verso Riva e indirettamente portano anche verso le Giudicarie, della strada 45 bis del tratto Vezzano-Padernone e Dro, della 237, nel tratto Campo Carlomagno-Campiglio, tutte strade praticamente che interessano le Giudicarie, e l'ANAS sembrava disposta a darci mano per allargarle, per sistemarle, renderle adatte a un traffico moderno. Mancanza di fondi, a quanto si è sentito dire, dopo le promesse che sembravano ormai mature, hanno fatto dimenticare questi problemi. Da questo stato di cose, di una situazione viaria piuttosto malandata, veramente allarmante, si dovrebbe dire in qualche caso, deriva una vera preoccupazione di tutte le popolazioni che temono conseguenze per l'economia e soprattutto per l'economia turistica, anche in relazione con l'entrata in funzione dell'autostrada del Brennero, alla quale noi guardiamo tutti con fiducia, con speranza, sapendo però che se questa autostrada del Brennero passerà senza adeguati allacciamenti per le nostre vallate un pochino più distanti da quello che è il corso dell'Adige, sarà un pas-

saggio che non porterà nessun beneficio e si concluderà praticamente con un ulteriore solco tra quelle che sono determinate vallate e determinate altre vallate. Quindi noi che tentiamo un equilibrio economico fra le vallate delle nostre due province, vedremo frustrata quella che è una nostra speranza e una nostra fiducia.

Non voglio comunque prolungarmi oltre, perché il mio intento era appunto questo di sollecitare e di richiamare all'assessore questo problema. Prego quindi l'assessore di tenerlo presente e di ricordare quanto conti la viabilità di tutta la regione, ma in particolare quanto conti la viabilità per equilibrare la situazione economica di queste zone particolarmente depresse, di queste zone particolarmente povere, che spesso sono anche le più dimenticate. Interponga, signor assessore, il suo intervento presso i competenti uffici statali, presso l'ANAS, e solleciti adeguati interventi finanziari.

**PRESIDENTE:** La parola al consigliere Santoni.

**SANTONI (D.C.):** Signor Presidente, signori colleghi, soprattutto dopo gli interventi critici che ho sentito stamattina fare dal cons. Ceccon, dal cons. Corsini, dal cons. Pruner, ho deciso di prendere la parola anch'io per dare atto all'assessore Pasqualin di averci presentato con la sua relazione un quadro completo e realistico della politica regionale in tema di lavori pubblici. Un quadro veramente completo e realistico, sia per quello che concerne le esigenze immediate di intervento, sia anche per quello che riguarda le necessità di intervento a lunga scadenza. Anche per i lavori pubblici, l'assessore Pasqualin ha fornito al Consiglio un discorso organico, che si inquadra nel piano programmatico dell'attività della Giunta regionale. Perciò, proprio per cercare di ricollocare le cose al giusto posto e in cortese polemi-

ca con gli oratori che stamattina hanno parlato per conto dell'opposizione, voglio ricordare qui che la programmazione non è un metodo settoriale, ma è proprio un metodo globale e che all'interno del discorso della programmazione ogni intervento è finalizzato al raggiungimento degli obiettivi finali del programma stesso, che sono appunto lo sviluppo del reddito, uno sviluppo tale da eliminare possibilmente la disoccupazione, e l'eliminazione graduale degli squilibri, sia territoriali che settoriali. Non c'è dubbio — e qui mi rivolgo soprattutto al cons. Pruner, e la relazione Pasqualin lo dimostra con chiarezza ed efficacia — che gli investimenti per la realizzazione anche di determinate opere pubbliche sono sicuramente produttivi ai fini dello sviluppo economico-sociale. Dico economico e sociale, perché al di là della loro resa economica gli interventi dei lavori pubblici hanno un aspetto che riguarda le condizioni di vita dell'uomo, la casa, gli acquedotti, le fognature, certi servizi sociali essenziali, che vanno assolutamente attuati, in quanto connessi con lo sviluppo delle stesse condizioni di civiltà dell'uomo in una certa comunità. Questi interventi, a prescindere dalla loro resa economica, sono interventi prioritari, che vanno assolutamente fatti, per cui non è possibile accertare il discorso puramente economicistico quando si tratta di lavori pubblici, ma va visto anche, l'intervento del settore dei lavori pubblici, nel quadro organico dello sviluppo di una determinata civiltà. Dall'intervento del cons. Pruner, io credo di aver capito che lui sostenesse che tutto quanto va destinato ai lavori pubblici venga a ridurre le possibilità di azione nei settori più propriamente considerati strategici agli effetti dello sviluppo economico, dei settori dell'industria e dell'agricoltura. Io dissento in modo completo da questa impostazione, almeno nei termini in cui l'ha fatta il cons. Pruner, perché senza creare determinati

presupposti non è assolutamente possibile condurre una qualsiasi politica. Ci vogliono certe premesse per poter iniziare e fare una certa politica. Quanto ha esposto l'assessore Pasqualin per il settore dei lavori pubblici, in tema di viabilità, in tema di piano degli acquedotti, del catasto delle opere pubbliche, ecc., si inquadra a mio avviso nella politica di sviluppo e crea i presupposti, crea le premesse perché si possa realizzare questa politica programmata che tende a migliorare le condizioni di vita di tutta la comunità regionale. Ora questo credevo di doverlo dire, proprio per collocare le cose al giusto posto, anche perché delle critiche generiche, che mettono tutto in termini puramente settoriali, quando si continua a parlare di programmazione, sembrano assolutamente fuori luogo. La relazione dell'assessore Pasqualin si inquadra in un discorso organico che qui va ricordato per capirne esattamente l'importanza e per collocarla al giusto posto. Voglio accennare brevemente al discorso fatto dall'assessore Pasqualin sulla viabilità. Si è criticato qui da tutte le parti il suo piano, il piano regionale per la viabilità, e si è considerato utopistico, in quanto prevede una necessità di mezzi che raggiunge in un quadro pluriennale — non nel quinquennio, credo di aver capito, assessore, ma in un piano pluriennale — un investimento di 224 miliardi, per creare appunto un sistema di infrastrutture viarie, in grado di diventare l'elemento portante di tutta l'azione di sviluppo economico e sociale regionale. I 224 miliardi, io vorrei dire al cons. Pruner, non sono poesia, ma sono la valutazione esatta fatta dagli organi tecnici dell'assessorato delle necessità in campo di viabilità regionale. Evidentemente, per prevedere il fabbisogno di spesa per sistemare in modo ottimale un certo settore, non è necessario esser sicuri che quello che si prevede si può immediatamente reperire. Evidentemente — secondo il sottoscritto è una

cosa ovvia, ma sembra che a molti oppositori questo non sembri altrettanto ovvio — non si può agire senza conoscere esattamente la realtà sulla quale bisogna operare. È evidente che quando l'assessore Pasqualin ci dice che ci vogliono 224 miliardi per fare una certa azione globale di miglioramento della viabilità regionale, lui non ci dice una cosa utopistica, ci dice esattamente quello che dal punto di vista ottimale è necessario per raggiungere un obiettivo, che non è un obiettivo a breve scadenza, ma è un obiettivo dilazionato nel tempo. Così, detto questo, io devo dar atto all'assessore di aver comunicato al Consiglio quale dovrebbe essere appunto questo intervento massimo per sistemare la viabilità, anche se questa sua comunicazione ha provocato una serie di critiche e ha finito per far presentare come utopistico un discorso che è solamente realistico in quanto fotografa una realtà di fatto che non è contestabile. Ora evidentemente se occorrono 224 miliardi per risolvere il problema della viabilità regionale, è chiaro che bisogna stabilire con i mezzi che si hanno a disposizione, determinate priorità sulla base di indici non contestabili. Questo comunque è un discorso che va fatto e che è essenziale agli effetti di impostare immediatamente un'azione di intervento graduale e per consentire soprattutto di operare al più presto in settori in cui l'intervento si palesa più urgente.

Perciò, e concludo su questo aspetto, non solo non condivido la critica mossa dalle opposizioni nei confronti di questa impostazione programmatica data dall'assessore Pasqualin alla sua relazione, ma per me diventa proprio il merito della relazione dell'assessore e il suo pregio aver dato al Consiglio la dimensione esatta e realistica della situazione, anche se questi problemi che l'assessore ci ha prospettato non sono risolvibili a breve scadenza. Non c'è dubbio che il discorso sulla viabilità si in-

nesta nel grosso discorso dell'autostrada; che l'autostrada, come ha detto poco fa anche il cons. Martinelli, rappresenta un formidabile impulso per i nostri traffici e potrà creare senz'altro — l'ho detto l'altro giorno parlando a proposito di industria — le premesse per un permanente, sicuro sviluppo economico regionale. Gli incentivi che noi siamo in grado di porre in atto nel settore industriale, non sono sufficienti di per sè stessi a determinare una propensione agli investimenti della nostra area. Evidentemente ci vogliono altri fattori che determinano questa propensione: l'autostrada, e per me la formazione umana delle forze di lavoro, sono per noi uno degli incentivi più formidabili. Ora è evidente però che l'autostrada, una volta che sarà realizzata, rischia di produrre effetti minori di quelli che noi tutti ci attendiamo, se contemporaneamente alla sua entrata in esercizio non esisteranno degli agevoli collegamenti con la viabilità interna esistente, e soprattutto se non ci sarà una viabilità interna idonea a sopportare l'aumentato traffico. Qui basta citare alcune cifre del piano Pieraccini per rendersi conto del peso che ha il traffico stradale rispetto al traffico ferroviario. Difatti il 63,5% del traffico merci viaggia su strada — questi sono i dati del piano Pieraccini — e il 71,3% del traffico viaggiatori viaggia ancora su strada. Ora è evidente che se questi dati sono corretti, le esigenze di avere una viabilità adeguata diventa un elemento essenziale ad ogni discorso di sviluppo economico e di programmazione economica. Perciò non c'è dubbio che il discorso fatto dall'assessore Pasqualin a questo proposito, che sottolinea questi temi, è un discorso di estremo interesse e di grande importanza. La viabilità dei raccordi e la viabilità interna dovrà essere in grado di servire soprattutto le aree di sviluppo — questo potrà essere un discorso sulle priorità — le aree di sviluppo industriale, turistico e ur-

banistico. Qui aggiungo anche la mia voce a quello che ha detto il cons. Martinelli: che ci sono certe strade turistiche del Trentino e anche dell'Alto Adige che non sono assolutamente prioritarie agli effetti dell'intervento, perché senza una sistemazione noi rischieremo di veder frustrati i nostri sforzi di potenziamento dei nuclei turistici e dei nuclei industriali, perché ci sono difficoltà di collegamento tali da rendere estremamente difficile il raggiungimento di queste zone. Ripeto, secondo me è stato bene avere evidenziato un piano generale della viabilità, anche se la spesa può far considerare il piano quasi utopistico. Per me è evidente che sarà necessario con i mezzi a disposizione stabilire queste priorità e soprattutto sarà necessario agire con rapidità tenendo presente la lentezza con cui entrano in circolo i soldi dei lavori pubblici, perché se noi pensiamo al tempo che passa fra lo stanziamento, fra la progettazione, l'approvazione tecnica da parte dei vari organi tecnici, gli appalti e l'esecuzione, noi ci rendiamo conto che un anno, un anno e mezzo è appena sufficiente per poter far circolare questi soldi, farli diventare effettivamente lavoro concreto, non trascurando neanche l'aspetto sociale che i lavori pubblici rappresentano per la parte di occupazione di manodopera che garantiscono. Ora io credo che su questa parte, nei confronti delle critiche fatte qui stamattina, sia sufficiente quello che ho detto: io **credo che gli investimenti nella viabilità siano investimenti assolutamente indispensabili, assolutamente pregiudiziali per ogni discorso di sviluppo economico e sociale, di sviluppo turistico.**

Nella relazione dell'assessore Pasqualin si accenna anche a un progetto dell'assessorato, che è quello di fare un inventario delle risorse idriche. Non è una novità dire che l'umanità sta marciando verso momenti grami dal punto di vista della possibilità di reperire fondi di

approvvigionamento idrico potabile. Sono allo studio addirittura anche progetti per l'utilizzo delle acque marine. Su questa esigenza di migliore utilizzazione delle fonti idriche disponibili si innestano appunto le iniziative che ha annunciato l'assessore, sia di fare il piano regolatore degli acquedotti in collaborazione al Provveditorato alle opere pubbliche e perciò allo Stato, sia — ed è questo l'aspetto su cui voglio maggiormente soffermarmi — di fare un inventario delle risorse idriche regionali, perché è evidentemente preliminare questo inventario ad ogni programmazione dell'utilizzo delle risorse idriche, cioè ogni programmazione degli acquedotti, perché è chiaro che non è possibile programmare un razionale utilizzo delle acque senza conoscerne l'esatta consistenza quantitativa e senza conoscerne esattamente la loro localizzazione. Questo, secondo il sottoscritto, è un discorso fondamentale; è un discorso fondamentale quello di rilevare la esatta consistenza delle risorse idriche, sia per le immediate esigenze operative, sia per il futuro. Ed è uno studio che va condotto da *equipe* altamente specializzate di idrogeologia, e soprattutto è uno studio che non va fatto e lasciato nei cassetti, ma va tenuto costantemente aggiornato. Io mi compiaccio con l'assessore ai lavori pubblici per l'iniziativa di fare questo inventario delle risorse idriche e mi preme qui raccomandargli, dato che egli sta mettendo in cantiere questa iniziativa, di non ridurre la sua ricerca soltanto all'inventario delle acque ad uso potabile, ma di allargare questa ricerca anche alle acque da destinare all'irrigazione e all'uso industriale. Questo per una maggior completezza dell'indagine e perché effettivamente, data la scarsità di acqua che abbiamo in regione in questo momento per la presenza degli impianti idroelettrici che ci captano la maggior parte dell'acqua disponibile, è necessario conoscere anche le sorgenti più mi-

nute per poterle meglio utilizzare, non soltanto a scopi civili, ma anche a scopi di irrigazione. Un'altra importante ricerca, signor assessore, che secondo me andrebbe fatta, in relazione proprio con la migliore conoscenza idrogeologica del suolo, è quella di studiare le acque profonde, le acque da captare per fini potabili o di irrigazione o industriali; sono acque che, anche se sono relativamente in profondità, sono superficiali. Lo studio più impegnativo, secondo me, e tanto importante, soprattutto dopo le esperienze della ultima alluvione che abbiamo fatto, è lo studio delle acque profonde, che sono la causa prima dei movimenti franosi e delle erosioni del suolo che minacciano tanto seriamente gli abitati, le campagne, le strutture civili.

C'è grande difficoltà e soprattutto c'è necessità di trovare, per questo studio sulle acque profonde, delle *équipe* di studiosi superspecializzati. Io voglio qui dirle che se ce ne fosse bisogno può contare sulla assoluta, incondizionata collaborazione del Museo Tridentino di scienze naturali, al quale fanno capo gli studiosi di idrogeologia più qualificati che in questo momento il nostro paese può offrire. È chiaro in ogni caso che queste iniziative si collocano in un arco pluriennale e vedranno la possibilità di utilizzo su un lungo periodo di tempo. Ma però non sono teoria; io contesto che queste siano teoria, perché è chiaro che sono la premessa essenziale per ogni intervento concreto e per ogni intervento razionale. Intanto in ogni caso non bisognerà dimenticare le esigenze immediate e bisognerà operare per realizzare le opere più urgenti e per completare gli interventi già intrapresi. Signor assessore, gli accenni agli studi sulla situazione idrogeologica del terreno introducono qui per me, molto brevemente, il tema alluvionale. E io qui, a questo proposito, voglio dare atto alla Giunta regionale, ai vari assessori e in particolare all'asses-

sore Pasqualin, per tutta la parte finanziaria, della tempestività con cui la Giunta regionale si è mossa, soprattutto in sede di evidenziazione dei danni alluvionali a Roma e dei risultati concreti e positivi che sono stati ottenuti, cioè l'assegnazione da parte del Ministero dei lavori pubblici di 11 miliardi per i ripristini, di cui quasi 7 miliardi vengono assegnati alla Regione per il 1967. Un altro risultato positivo è quello delle deleghe del ripristino alla Regione, che io credo qui vada sottolineato proprio per la convinzione autonomistica che noi abbiamo. Questo accertamento è un accertamento non definitivo, come ha detto l'assessore, è provvisorio, è suscettibile di ulteriori aumenti. Io sono certo che gli impegni e la diligenza con cui il settore è stato seguito in passato potrà consentire anche in futuro di ottenere quei miglioramenti di assegnazioni che sono indispensabili per ripristinare le opere danneggiate dall'alluvione. Il ripristino delle opere danneggiate dall'alluvione condiziona notevolmente le attività economiche come il turismo, che sono vitali per molte zone colpite — è inutile che qui ricordi il Primiero e, per la parte della viabilità, che ricordi anche la Val Gardena —. Io vorrei qui fare una raccomandazione, una raccomandazione che rammenta i drammatici momenti del novembre, nel corso dei quali anche gli organi di controllo sembravano aver capito l'importanza dell'immediato intervento agli effetti di ottenere un risultato più consistente e più apprezzato dalle popolazioni. Perciò bisognerà raccomandare agli uffici di accelerare le procedure, perché queste procedure troppo laboriose a volte rischiano di frustrare, rischiano di diminuire in modo sostanziale la bontà dell'intervento che l'ente pubblico va a fare in una determinata situazione. Ora è evidente che chi fa subito fa il doppio, ed è per questo che io raccomando, ricordando proprio i momenti drammatici del novembre, di fare in modo di

accelerare le pratiche burocratiche da parte degli uffici, cercando anche una certa comprensione da parte degli organi di controllo.

Ultima raccomandazione — poi ho finito — è questa: accelerare, fin dove possibile, al massimo i tempi di rifinanziamento della legge 17 con gli stanziamenti regionali e con gli stanziamenti messi a disposizione dalle Province di Trento e di Bolzano. Ci sono opere urgenti ed essenziali, che attendono un finanziamento — strade, acquedotti e fognature — da parte dei comuni, che non consentono, proprio per le lente procedure dei lavori pubblici, ulteriori dilazioni. Se noi andiamo ad approvare il rifinanziamento della 17 all'autunno, evidentemente questi fondi entrano in circolazione soltanto nel prossimo anno. Noi dobbiamo cercare di dare priorità assoluta al rifinanziamento di questa legge, che è un impegno già della Giunta regionale per fare in modo che si possa intervenire tempestivamente a risolvere dei problemi essenziali del tipo di quelli che prima ho evidenziato. Se l'intervento per certi tipi di opere potrà essere razionalizzato operando, invece che a favore di enti singoli, a favore di consorzi di comuni, come stamattina il cons. Corsini diceva, accennando a una relazione dell'avv. Kessler a un convegno di amministratori democratico-cristiani, tanto meglio, perché allora si potrà realizzare un risultato più sostanzioso e si potrà operare ugualmente bene per le popolazioni. Comunque la problematica della polverizzazione degli enti locali ci porterebbe troppo lontano, se volessimo affrontarlo in questa sede. Condivido comunque in pieno — è una scoperta fatta dal cons. Corsini — la esigenza di arrivare alla consorzializzazione degli enti locali. In Trentino questo stiamo cercando di farlo attraverso il comprensorio; è una via difficile, però all'interno di questa nuova struttura urbanistica, che vuol avere un significato soprattutto agli effetti di una miglio-

re organizzazione degli enti pubblici, un risultato migliore potrà essere ottenuto, in quanto lo stesso intervento è in grado di produrre molto di più. Quello che conta, secondo me, signor assessore, è di conoscere, come lei ha cercato di fare, esattamente la realtà entro la quale occorre operare. Evidentemente questa ricerca ci porta a evidenziare la necessità di mezzi molto superiori di quelli che abbiamo; sulla base di certi indici non contestabili bisogna priorizzare gli interventi per poter agire immediatamente nelle situazioni più urgenti. E in ogni caso bisogna intervenire con rapidità e con efficacia.

Io questo volevo dire sulla relazione dell'assessore ai lavori pubblici, e colgo anche l'occasione per esprimere all'assessore e alla Giunta regionale l'apprezzamento mio e del gruppo a nome del quale parlo, per la attività svolta nel settore dei lavori pubblici e per assicurare all'assessore e alla Giunta regionale, su questa impostazione che noi riteniamo estremamente corretta, tutto il nostro apprezzamento e il nostro completo appoggio.

**PRESIDENTE:** La parola al consigliere Odorizzi.

**ODORIZZI (D.C.):** Veramente le poche cose che dirò sono particolarmente dirette al cons. Corsini che è assente; e tuttavia le dico perché rimangano per lo meno a verbale. Come ogni consigliere sa, il regolamento accorda ai membri delle Giunte non più in carica, la facoltà di interloquire sempre, quando è in discussione il loro operato. Spero mi si dia atto che di questa facoltà ho sempre fatto un uso molto limitato e molto sobrio, anche se devo dire francamente che, assistendo alle discussioni in questo Consiglio, le occasioni e le tentazioni per interloquire sono frequenti. Ma questa volta il cons. Corsini ha varcato, secondo

me, ogni limite tollerabile. Partendo dalla premessa che esistono — e io lo voglio senz'altro ammettere — situazioni nelle quali è necessario ed urgente un intervento regionale per migliorare le condizioni di vita delle popolazioni di certe collettività particolarmente montane, partendo da questa premessa, il cons. Corsini si è spinto ad affermare che praticamente non si è fatto nulla in questo campo, che si è mancato e che si manca tuttora della necessaria sensibilità verso le esigenze di queste piccole collettività, che si lascierebbero vivere in uno stato di inciviltà. Orbene, è vero proprio tutto l'opposto. Fin dal primo momento in cui la Regione si è posta al lavoro, nella prima legislatura, la sua più viva attenzione è stata posta immediatamente sulle esigenze delle piccole collettività rurali e montane. L'assessorato ai lavori pubblici, fin dalla prima legislatura, ha proceduto immediatamente all'accertamento delle più urgenti necessità di queste collettività, proprio al fine di condurle gradatamente ad uscire da uno stato di arretratezza e di metterle in condizioni di vita civili. Centinaia e centinaia sono state le opere in questo campo, provocate, agevolate dalla presenza efficace della Regione: asili, scuole, sedi comunali, acquedotti, fognature, strade, viabilità interna; centinaia e centinaia di opere che hanno portato a trasformare l'aspetto dei nostri villaggi e a migliorare sensibilmente le condizioni generali di vita delle nostre popolazioni. Questa è la realtà; una realtà che ci viene riconosciuta d'altronde dalle popolazioni e dagli amministratori comunali che le rappresentano. Appena mezzora fa, rientrando verso la nostra sede, sotto i portici, ho incontrato il gruppo dei sindaci della valle di Primiero, i quali riconoscendomi, mi hanno fermato ancora per dichiararmi che non possono assolutamente dimenticare tutto quanto la Regione ha saputo fare al loro fianco, al fine di rendere possibile l'esecuzione di



opere, che altrimenti non sarebbero mai state effettuate. Questo spontaneo riconoscimento può compensare, almeno in parte, l'amarezza che viene sentendo disconoscere in questa sede, pubblicamente, tutte le fatiche di anni che si sono compiute per contribuire efficacemente, come realmente si è contribuito efficacemente, al miglioramento delle condizioni di vita delle popolazioni rurali e montane. Del tutto al contrario dell'affermazione di Corsini « che le popolazioni nostre possono considerare tradita la loro aspirazione, la loro attesa, la loro fiducia nella Regione », io posso affermare che se c'è un campo in cui invece la presenza della Regione è stata immediata, attiva ed efficace, è proprio stato il campo dei lavori compiuti in favore delle piccole collettività rurali e montane. E il motivo per il quale le affermazioni del cons. Corsini hanno trovato in me una reazione irritata, è che egli oggi ha posto alla Giunta una critica esattamente inversa di quella fatta nelle precedenti legislature, nelle quali, perché intervenivamo nei piccoli paesi di montagna proprio al fine di migliorare le condizioni di vita di quelle popolazioni, ci si accusava di frazionare i mezzi in tante piccole iniziative di scarso rilievo, mentre sarebbe stato meglio concentrare i mezzi ai fini di rendere possibile la realizzazione di opere grandi e organiche. Oggi ci si sente dire l'inverso. La verità è, signori, che la Regione può essere fiera di quanto ha saputo fare in questo campo e che la Regione può affermare di avere contribuito a un miglioramento notevole delle condizioni di vita di tutte le popolazioni. Resta sì, è vero, che ancora parecchi problemi sono da risolvere; problemi da risolvere ce ne saranno sempre ed è una fortuna. La vita fortunatamente modifica continuamente le esigenze delle collettività, altrimenti a un certo momento nella vita delle popolazioni e delle organizzazioni umane, avverrebbe la paralisi. È vero che rimangono

ancora molte cose da fare, e io non dubito che la Giunta, l'assessore, la Giunta regionale, le Giunte provinciali, opereranno in questo campo con la sensibilità che hanno sempre dimostrato di avere. Ma fra l'affermare, ripeto, che queste esigenze esistono e vanno soddisfatte e l'affermare contemporaneamente che non si è fatto nulla, che si è dimostrato insensibilità verso queste esigenze, c'è di mezzo un mare che è colmato da una ingiusta misconoscenza per quanto è stato fatto.

PRESIDENTE: La parola al consigliere Corsini.

CORSINI (P.L.I.): Non è soltanto per rispondere all'intervento insolitamente vivace del collega consigliere regionale avv. Odorizzi che io prendo la parola, ma per riprecisare e ribadire ancora quelli che sono i nostri concetti. Io debbo dire che dai banchi liberali è sempre partita nel passato una dichiarazione di consenso per quello che dall'inizio dell'autonomia era stato fatto come piano previsionale per l'intervento dei lavori pubblici. Più di una volta, personalmente, ho riconosciuto che a cominciare dall'anno 1948 l'assessore ai lavori pubblici dott. Turrini, e assieme ad esso la Giunta regionale allora presieduta dall'avv. Odorizzi, aveva impostato un piano di indagini, teso al fine di accertare quali fossero le necessità di intervento per restituire alle nostre popolazioni la piena efficienza dei servizi che l'ente pubblico deve ad essi assicurare, efficienza dei servizi pubblici che era andata un poco diminuendo attraverso la vetustà degli stessi, molto diminuendo attraverso quelle che erano state le vicende belliche. Questo riconoscimento l'abbiamo sempre dato e sempre esplicitamente fatto. Abbiamo giustamente sostenuto che la politica dei lavori pubblici era una politica elettorale e una politica di interesse di

partito, una politica di frazionamento e di frantumazione dei mezzi messi a disposizione. Su questo nostro giudizio, nel passato, erano perfettamente allineati, prima che noi entrassimo in Consiglio regionale, quando lo esprimevamo nei contatti con il pubblico e attraverso la stampa e poi quando lo esprimevamo all'interno del Consiglio regionale, tutte le altre opposizioni, compresi i comunisti e i socialisti. Non vale la pena di ricordare quante volte questo giudizio di frantumazione dei mezzi che la Regione aveva a disposizione, fosse qui affermato dall'on. Paris, che allora esprimeva una volta il criterio del partito socialdemocratico, poi il criterio del partito socialista italiano, comunque il criterio della parte socialista. Tuttavia, poiché siamo arrivati ancora una volta al nocciolo della questione, vale la pena di ricordare che le nostre critiche, oltre a quelle di frantumazione dei mezzi che la Regione aveva a disposizione, erano critiche esplicite e piuttosto dure su quello che era lo sviamento del potere implicito di numerose delibere di intervento della Regione a favore di iniziative che con i lavori pubblici o di interesse pubblico avevano soltanto un denominatore comune dato dalle parole, ma non sicuramente dato dallo spirito della legge. E poiché questa mattina ho appena appena accennato — per carità di patria, lasciatemi dire così — non credendo di dover riprendere la parola su questo argomento, a quella che è stata la lettera del Governo che è pervenuta nel momento in cui è stato posto il visto alla legge n. 17, di fronte a questo eccessivamente agitato intervento dell'avv. Odorizzi, mi si consenta di ricordare qui a tutti voi, a tutti noi e pubblicamente, che nel momento in cui il Governo ha dato il visto a quella legge, ha anche richiamato la Regione a concedere contributi in conto capitale e in conto interesse a quei lavori pubblici che avevano per titolare un ente, che godesse dei requisiti previsti dal-

l'art. 12 del codice civile. È stata una tirata di orecchi che il Governo ha dato alla politica dei lavori pubblici della Regione, alla maggioranza democristiana e della S.V.P., che per anni e anni aveva amministrato questo settore, ed è stata una tirata di orecchi che il Governo ha dato a chi allora presiedeva la Giunta regionale.

AGOSTINI (P.L.I.): Chi era? L'avvocato Odorizzi o Dalvit?

CORSINI (P.L.I.): Perché, quando in una successiva interrogazione fatta dai banchi liberali al nuovo assessore dei lavori pubblici per sapere quali contributi in conto capitale, oltre che in conto interessi, erano andati ad iniziative a gruppi di persone, dico a gruppi di persone, e vi prego di non obbligarmi in questa sede a chiarire ulteriormente questo particolare, quali contributi erano andati ad enti, a gruppi di persone, ad associazioni, che non avevano i requisiti previsti dal codice civile per poter ottenere contributi per lavori pubblici, l'allora assessore regionale ai lavori pubblici, il collega Salvadori, rispondendomi per iscritto, ha elencato una serie di iniziative che erano fuori dai limiti dell'art. 12 del codice civile . . .

SANTONI (D.C.): Ma scusa, la Corte dei conti cosa faceva?

CORSINI (P.L.I.): Il richiamo è stato fatto a noi e contemporaneamente anche alla Corte dei conti. Erano fuori dei limiti previsti dall'art. 12 del codice civile, e in quella occasione è venuta alla superficie, in modo provato indiscutibilmente, la faziosità con cui la Regione ha operato in questo settore. Io non volevo parlare di questa situazione e riprenderla oggi; ne avevo appena appena accennato, quando questa mattina accennavo a quelle che sono state le centinaia di milioni che sono andati, ad

esempio — è l'esempio che ho dato questa mattina — alla Casa dello studente di proprietà della Curia arcivescovile di Trento, mentre invece sono state trascurate tutte quelle numerose situazioni, delle quali solo una ho portato come esempio questa mattina. Perciò che il già Presidente della Giunta regionale oggi venga a dirci che ancora una volta ha incontrato le popolazioni di Primiero che si sono rallegrate con lui per quelli che sono stati gli interventi della Regione, io questo non lo discuto, ma non è discutibile nello stesso modo che molti dei rappresentanti delle popolazioni si rivolgano oggi, forse non a voi, ma ad altri — io un caso almeno l'ho documentato — lamentandosi che da anni situazioni che meritavano l'intervento questo intervento non abbiano avuto.

GRIGOLLI (assessore economia montagna e foreste - D.C.): Se ho detto che è un caso sbagliato quello che ha citato!

CORSINI (P.L.I.): Non è sbagliato!

GRIGOLLI (assessore economia montagna e foreste - D.C.): (*Interrompe*).

CORSINI (P.L.I.): Lei vuole allora che io entri nei particolari?

GRIGOLLI (assessore economia montagna e foreste - D.C.): (*Interrompe*).

CORSINI (P.L.I.): Lei vuole che io entri nei particolari e io nei particolari entrerò. Entrerò nei particolari, per esempio, analitici di quel caso che ho citato questa mattina. E li riprendo con esattezza di date e di riferimenti. Lei mi dice che oggi sono stati appaltati i lavori per i due acquedotti della zona di Trambileno. Rispondo: sissignore. Io questa notizia non la conoscevo, lei me la dà, la apprendo; ma siamo nell'anno 1967, ed è esattamente

dall'anno 1963 che la situazione dell'acquedotto di Cabianche è quella che io ho descritto questa mattina, e che si può comprovare, attraverso quelle che sono state le indagini e i rilevamenti fatti dal medico provinciale.

Ora, caro signor assessore Grigolli, che fra il resto non so per che cosa c'entri lei in questa situazione . . .

GRIGOLLI (assessore economia montagna e foreste - D.C.): C'entro perché l'abbiamo fondato con i soldi dei comprensori . . .

CORSINI (P.L.I.): vorrei farle bere per sei anni consecutivi dell'acqua che proviene da un deposito in cui ci sono dentro i nidi dei lombrichi, per vedere se lei non si ribellerebbe a questa situazione.

Non m'importa che le popolazioni di Primiero vengano a ringraziare il già Presidente della Giunta regionale. Lo ringrazieranno per delle cose effettivamente e giustamente fatte e in modo buono, ma questo non vuol dire che non rimangano delle zone d'ombra, che non rimangano delle zone in cui l'intervento non è avvenuto.

Ora volete un poco rifare, come vi è stato chiesto in altra occasione, volete rifare tutta la somma delle centinaia di milioni che voi avete distribuito per dei lavori pubblici che erano per lo meno superflui rispetto alle necessità di altri lavori pubblici che presentavano una maggiore urgenza. E del resto, lo ripeto, questo dito sulla piaga non è stato posto da noi, è stato posto dal Presidente della Giunta provinciale di Trento, in un convegno di vostri amministratori. È stato l'avv. Kessler che ha con esattezza identificato quanti dei nostri cittadini mancano ancora dell'acqua potabile, quanti dei nostri cittadini mancano ancora del servizio di fognature, quanti dei nostri cittadini vivono in una situazione che si può veramente dichiarare

incivile. Questa è stata la documentazione apportata da voi, non apportata da noi. E allora tutto il fuoco con cui il collega . . .

MARGONARI (D.C.): No, c'è ancora molto da fare!

CORSINI (P.L.I.): Dove c'è questa relazione . . .

MARGONARI (D.C.): No, la relazione c'è.

CORSINI (P.L.I.): Ah ecco, va bene. Non negate l'esistenza della relazione, per piacere . . .

MARGONARI (D.C.): Siamo qui apposta per parlarne.

CORSINI (P.L.I.): Ecco, e allora tutta questa situazione porta ad una conclusione: che voi avete adoperato del danaro pubblico perlomeno per delle opere che potevano essere dilazionate nel tempo, rispetto ad altre che erano estremamente più urgenti. Portano alla conclusione che voi avete fatto una politica dei lavori pubblici esclusivamente orientata nei confronti dell'interesse della vostra parte, per avere vicini a voi dei sostenitori della vostra parte, un'infinità di uomini che possono avere una certa influenza nel momento in cui si vedono aiutati per riparare oratori o canoniche o cose di questo genere. Oggi certo che vi fa impressione, a distanza di venti anni dall'inizio dell'autonomia, il dover constatare questa situazione di fatto; ma lasciateci allora che ve la diciamo e non venite qui a cercare di imbambolare noi e l'opinione pubblica affermando che tutto va bene. Chi è che nega che i miliardi siano stati impiegati in questo settore? Io stesso l'ho riconosciuto questa mattina. Ma vi ho detto anche che avete trascurato le situazioni di prima importanza umana e sociale per inse-

guirne altre. Non è una lieta polemica anticlericale, se vi dico che preferivo avere un acquedotto che fosse igienicamente sano, piuttosto che un oratorio o una canonica restaurata. Perché c'è un ordine di priorità e questo ordine di priorità non l'avete rispettato, e oggi la popolazione di questo se ne accorge, oggi la popolazione prende atto di questo. E non veniamo qui a voler fare i martiri di fronte alle cattive accuse delle minoranze. Io voglio, signor assessore, ancora una volta dimettere questi motivi di polemica, sui quali non sarei ritornato se non avessi sentito una frase che non mi ha proprio sfagiolato affatto: che sono andato al di là dei limiti del tollerabile. Qui non ci sono limiti del tollerabile o dell'intollerabile: qui ci sono limiti della realtà o della non realtà. dimostratemi che non è vero che 33 mila dei nostri cittadini della provincia di Trento vivono ancora senza acqua potabile nelle case. Quelli sono i limiti che non sono tollerabili: la falsità e la verità. Ma se questo è vero, allora dovete battervi il petto per questa politica dei lavori pubblici che avete condotto per tanti anni.

E a proposito di questo, signor assessore, io avrei ripreso ugualmente la parola perché questa mattina mi sono dimenticato di ricordarle che nel mio intervento in sede di discussione generale le ho domandato di darmi conto come e qualmente è stato attuato quell'impegno del libretto interpartitico che obbligava voi e i vostri compagni socialisti a rendere pubbliche le motivazioni per cui sono stati concessi determinati contributi in conto lavori pubblici ad alcune richieste e ad altre no. C'è il libretto, io l'ho citato nel mio intervento in sede di discussione generale. E questa sembrava la novità moralizzatrice apportata dal centro-sinistra. Questo sembrava quello che i socialisti avevano ottenuto, dopo anni e anni di critiche. Ma abbiate il coraggio di dire la verità, se è vero o non è vero che voi vi sollevavate sui vostri

scranni combattendo contro quella che era la politica elettoralistica . . .

(*INTERRUZIONE*).

CORSINI (P.L.I.): Benissimo. E allora diteci come avete attuato questa moralizzazione di questo settore, come l'avete attuata la moralizzazione di questo settore . . .

CONSIGLIERE: La attueremo.

CORSINI (P.L.I.): Ve lo domandiamo, non facciamo delle critiche, vi domandiamo come è stata attuata la moralizzazione di questo settore. E io vorrei veramente che nella risposta lei signor assessore non sottendesse questo tema che è un tema estremamente importante. Perché siamo andati avanti per degli anni con questa grave ipoteca di natura politica e morale sulla nostra regione, e i contributi per i lavori pubblici venivano dati e concessi, ed era il parere anche dei socialisti allora questo, a seconda di quello che era il beneplacito del principe. Mi risponda a questo, signor assessore, e mi risponda anche a quella che è stata la proposta del gruppo liberale questa mattina. E all'avvocato Odorizzi io vorrei dire questo: si ricordi, collega Odorizzi che nessuno di noi vuole misconoscere quelli che sono stati vantaggi che inevitabilmente derivano dall'avere a disposizione miliardi e miliardi con un reggimento autonomo, però non ci impedisca di accennare anche a quella che è la insofferenza che le popolazioni di alcune zone hanno di fronte a dei ritardi che non sono assolutamente giustificabili.

PRESIDENTE: La parola al consigliere Odorizzi.

ODORIZZI (D.C.): Non dubiti il cons. Corsini che ci sia da parte mia o da parte di

altri la volontà di impedirgli di affermare quanto egli pensa, nella sua libertà di apprezzamento, a proposito di attività che svolgiamo o che si sono svolte. Trovo strano che egli non si accorga che se il tono della mia reazione alle affermazioni di stamattina può essere stato vivace, il tono suo è addirittura violento. E non si accorge che la passione di parte gli fa velo al punto tale da non poter afferrare, neanche negli aspetti più evidenti, la portata di quello che si dice. Ho premesso che non vogliamo negare l'esistenza di casi in cui è assolutamente urgente l'intervento della Regione. Ma mi sono ribellato all'affermazione che non si sia pensato a queste cose adeguatamente in rapporto ai mezzi disponibili, nelle gestioni passate come nella gestione presente. E quello che mi ferisce, nel senso di giustizia, è che di fronte al dieci che manca, non si veda il 90 che si è fatto in vent'anni di lavoro faticoso e tenace. Ci vuole della equità in chi vuol giudicare dell'opera altrui. E quando egli viene ad affermare che si è agito dimenticando i suggerimenti che sono pervenuti a suo tempo dal Ministero dello interno, fino a tanto che egli ricorda il fatto, sta bene, ma quando egli si spinge ad affermare che si è operato contro lo spirito della legge, io lo smentisco categoricamente. Lo spirito della legge è quello nel quale si è operato, e la prova migliore ne è il fatto che la Corte dei conti ha sempre concluso positivamente il suo giudizio di legittimità su tutti gli atti che si sono compiuti. Respingo categoricamente l'affermazione che anziché preoccuparsi dello stato di urgenza e di bisogno delle popolazioni rurali, si sia pensato a fortune elettoralistiche. Si è agito allora, come si agisce ora, premettendo la constatazione della esistenza di reali bisogni. E voglio anche affermare che tutte le richieste che i comuni hanno fatto presenti in ordine alle loro reali necessità, tutte furono sempre accolte.

Ora, se rimangono situazioni locali ancora da sanare, per poter affermare che esse non sono state considerate, bisognerebbe poter dire che, allo scopo di dare la precedenza ad altre opere meno urgenti si sono volute differire queste, il che io nego assolutamente; almeno per quanto la mia memoria ricorda e per il periodo in cui ho potuto conoscere direttamente i criteri coi quali si è operato, lo nego assolutamente.

**PRESIDENTE:** Ha la parola l'assessore per la replica.

**PASQUALIN** (assessore suppl. lavori pubblici e credito - D.C.): Signor Presidente, signori colleghi, sarò breve per quanto è possibile e cercherò di rispondere a quanti hanno posto delle richieste o domandato delle delucidazioni.

Il principio al quale l'assessorato regionale ai lavori pubblici si è orientato nell'attuazione dei propri compiti e quindi nella predisposizione della propria relazione, è stato soprattutto che era indispensabile conoscere la realtà nella quale si doveva muovere per poter amministrare, di conseguenza quindi avrebbe potuto intervenire una visione politica dei problemi. E i fini ai quali si è orientato l'assessorato regionale sono i fini stessi della programmazione, che come è stato ricordato qui, sono l'aumento del reddito, l'eliminazione della disoccupazione e il superamento degli squilibri settoriali e territoriali. Su questa premessa la Giunta ha ridimensionato, per quanto era possibile, e attuato questo principio nella zona nella quale era chiamata ad operare, dandosi un metodo di lavoro; metodo di lavoro che si è poi concretizzato nella serie di piani che si sono elaborati per poterli inserire nel piano quinquennale di programmazione. Respingo

quindi la critica che è stata mossa di imprudenza, di tatticismo, di utopie, proprio perché negli anni precedenti, in sede di discussione di bilancio, ci si accusava delle cose esattamente opposte: ci si diceva di non avere il coraggio di affrontare certi problemi, di non essere sufficientemente preparati per avere una visione reale delle situazioni nelle quali dovevamo muoverci. Per cui oggi, quando sentiamo da più parti che il piano della viabilità è una cosa troppo costosa, che non riusciremo ad affrontare il piano generale degli acquedotti, che è inutile la revisione di un castasto delle esigenze per le opere pubbliche, che per quanto riguarda l'inventario delle risorse idriche regionali è necessario ampliarlo anche su posizioni non di competenza della Giunta regionale, ci si pone proprio il problema su che piano quindi si deve operare, quando di anno in anno si usano due linguaggi diversi.

L'assessore Dalsass, i cons. Ceccon, Corsini, Vinante e Santoni hanno posto il problema della legge 17, come se questa potesse risolvere nel futuro tutti quanti i problemi che angustiano non tanto le opposizioni, nè i consiglieri di maggioranza, quanto la Giunta, quanto tutta la popolazione. Noi abbiamo avuto in sede di Consiglio regionale un voto, approvato peraltro all'unanimità, nel quale è stata indicata quale doveva essere la posizione e della Giunta e del Consiglio in questo rifinanziamento. E qui, dovremmo ricordarlo più facilmente, è stato detto che si dovrebbe fare una scelta in ordine prioritario, secondo le finalità del programma quinquennale di sviluppo economico, in base a precise scelte, tenendo conto anche dei danni delle recenti alluvioni. Detto questo, diciamo onestamente che il problema non è ancora stato definito da parte della Giunta regionale, ma che è in corso di definizione, e i momenti validi che ci hanno indirizzato allora, sono validi ancora oggi e quindi

le preoccupazioni del cons. Ceccon, che non si scelga una priorità, le perplessità nello stesso tempo il riconfermare quelle che sono le posizioni del partito socialista, verranno attuate perché in questa linea intende muoversi la Giunta regionale, perché questa linea ha avuto dal Consiglio regionale.

Fare il processo alle intenzioni per dire quello che non abbiamo intenzione di fare è troppo facile; aspettate in sede di discussione di questa legge perché si possa accusare chi deve essere accusato. Abbiamo intenzione di operare coscientemente e responsabilmente sulla linea prioritaria; effettueremo le direttive che peraltro sono state indicate e riaffermate nelle posizioni che si sono verificate; riaffermeremo i principi ai quali le Province si dovranno attenere; se è necessario predisporremo anche un controllo sulle opere che verranno effettuate, però desidererei che in tutta questa polemica non venisse mai dimenticato che la sensibilità degli assessori regionali, dei consiglieri regionali, sono le stesse degli assessori provinciali e dei consiglieri provinciali, perché stessi sono gli uomini che si muovono, che concretizzano e che realizzano poi anche quelle realtà alle quali le leggi si orientano. Quindi non si dica che uno è più sensibile dell'altro; evidentemente la priorità è oggettiva e sul piano oggettivo ritengo che le Province o la Regione abbiano a muoversi.

Il cons. Spiegler ha posto in evidenza uno dei problemi fondamentali della provincia di Bolzano e cioè il problema della superstrada o autostrada da Bolzano-Merano-Spondigna-Passo Resia-Trafoi e il Traforo dello Stelvio. Il cons. Spiegler sa, perché insieme abbiamo partecipato a quegli alcuni incontri per mettere in luce il problema, sa che ci trova consenziente con quanto lui ha detto. Effettivamente si tratta di 123 Km. di superstrada che possono portare a una spesa di circa 25 miliardi. Que-

sto problema è uno dei fondamentali, sempre per quanto riguarda la viabilità della provincia di Bolzano, tant'è che sul piano di viabilità, anche per indicazione che è stata effettuata dalla provincia di Bolzano, questa superstrada è stata ritenuta la prima da doversi attuare. Abbiamo effettuato una serie di incontri a Merano, a Trento, a Bolzano per vedere di giungere a una conclusione, e in definitiva il problema essenziale è sempre il medesimo, è il problema del finanziamento. Come loro sanno, da parte dello Stato esiste la legge 729 che sull'art. 13 prevede l'eventuale rifinanziamento straordinario delle superstrade. Ora idealmente io sono certo che la superstrada sarebbe la cosa richiesta dagli amministratori, nel contesto generale della viabilità la soluzione migliore. Nella realtà, abbiamo detto, c'è un problema di finanziamento, che è lo stesso problema che tocca la Val Sugana e la strada di Rovereto-Riva. Ora per realizzare una scelta, era indispensabile che noi fossimo in grado di conoscere realisticamente se da parte del Ministero dei lavori pubblici era possibile un rifinanziamento della legge 729. A questo scopo sono stati presi dei contatti in sede generale dell'ANAS e del Ministero dei lavori pubblici. A una prima indicazione sommaria è stato concluso che per il momento non era attuabile un rifinanziamento e che quindi sarebbe stato utile da parte nostra orientarci verso quello che poteva essere un raccordo autostradale da Bolzano a Merano, e da Merano-Spondigna,-Ponte Resia-Trafoi dello Stelvio riferirci a una superstrada di futura attuazione. Però per intraprendere i contatti sulla scelta, anche per quelle che devono essere realisticamente le posizioni responsabili degli amministratori, era necessario che avessimo una presa di posizione da parte del Ministero. A questo scopo, già nel mese scorso, i primi dello scorso mese, dopo un intervento che abbiamo effettuato nella visita del Ministro dei

lavori pubblici e del direttore generale dell'ANAS nella città di Trento è stata indirizzata una richiesta ufficiale al Ministro Mancini, perché esaminasse la possibilità di poter concretamente portare a una soluzione quelle che sarebbero state le superstrade della regione, Bolzano-Merano, Rovereto-Riva, e della Valsugana. Naturalmente quando poi si tratta di vedere il costo, ci accorgiamo che si aggira sui 70 miliardi, una cifra evidentemente cospicua. D'altronde c'è la realtà che senza queste superstrade, da parte della nostra regione non si può giungere a quello sviluppo economico che tutti auspichiamo e quindi prima di assumere altre posizioni è parere della Giunta di dover attendere conclusivamente la risposta del Ministero. Risposta evidentemente che comporterà poi una scelta tra superstrada e autostrada, perché se si dovesse giungere alla realtà che la superstrada è attuabile tra vent'anni, evidentemente bisognerà ridimensionare le nostre richieste e poter trattare con le varie società per la costruzione di raccordi autostradali.

L'assessore Dalsass ha fatto alcune considerazioni sull'adeguamento della legge 19, sui danni alluvionali e sui sussidi per progettazioni. Per quanto riguarda la parte di progettazioni, è intervenuto anche il cons. Spoegler. Riservandomi di concludere generalmente con le alluvioni, desidero dire all'assessore Dalsass che ci rendiamo conto, come peraltro ho affermato in sede di commissione delle finanze, che il costo per la manutenzione delle strade comunali a carico della Provincia è notevolissimo ed è certamente superiore al sussidio, al contributo che la Giunta regionale dà a questo scopo, che come loro sanno, ammonta a 75 mila lire per Km., per un totale nel bilancio del '67 di 62 milioni 600 mila. Dire che ci rendiamo conto è troppo poco, io l'ammetto, però sa che la Giunta è oberata da gravi, grossi problemi, per cui alla mia richiesta su questo tema

è stato assicurato che nel prossimo futuro si cercherà di rivedere lo stanziamento. Per quanto riguarda i sussidi delle progettazioni, è vero che con una variazione di bilancio, variazione teorica peraltro, perché nel complesso l'importo resta il medesimo, è stato deciso di poter rimpinguare il capitolo degli incarichi a progettisti, per venire incontro ad alcune opere di interesse regionale che toccano più comuni, per cui ci sarebbe stata una notevole difficoltà di incarico da parte di un comune soltanto. Posso dire che la Giunta, su mia richiesta, ha già preventivamente deliberato la progettazione della Bolzano-S. Genesio, Merano-Avelengo e Merano, che in questo momento, sempre nel piano di programmazione della viabilità, è una delle opere che merita particolare interesse. Io penso che, all'approvazione del bilancio, si possa provvedere con immediatezza, con tempestività ad incaricare i progettisti perché per lo meno la progettazione possa essere già predisposta, in modo da poter usufruire di quelle leggi che potranno venire nel prossimo futuro per la esecuzione dell'opera. Per quanto riguarda la richiesta del cons. Ceccon, il quale fa un esame generale di opere, peraltro già completate e sulle quali ho già detto, in sede commissione alle finanze, che non c'è nient'altro da dire, desidero confermarli che, per quanto riguarda l'importo stabilito per gli edifici di Silandro e Vipiteno, l'importo stabilito allora è valido ancora oggi e quindi ci si manterrà entro lo stanziamento dei 100 milioni che è stato predisposto. Cercherò senz'altro di potergli far avere gli elenchi degli interventi avvenuti in provincia di Bolzano sulla legge 17.

Interessante è stato, anche se sotto certi aspetti polemico, l'intervento del cons. Corsini, il quale chiede che la Giunta mantenga una propria autonomia operativa su certi settori e che predisponga determinate direttive per poter mantenere, almeno per quanto riguarda le



leggi delegate, l'esecuzione delle opere su una certa gradualità e priorità. Certamente questo è un problema che merita un certo studio, che merita anche una meditazione quello che 33 mila persone in provincia di Trento sono senza acqua potabile e che 40 mila sono senza fognatura . . .

CORSINI (P.L.I.): Ci hanno dato i dati con beneficio di inventario!

PASQUALIN (assessore suppl. lavori pubblici e credito - D.C.): Una cosa del cons. Corsini non posso accettare, e cioè che mi accusi, pur benevolmente, di aver fatto dei programmi troppo ampi, quando in definitiva lui stesso mi fa queste denunce su certe situazioni, e quindi l'inizio al quale ci siamo orientati, che bisogna conoscere i problemi per amministrarli, dà conforto a quella che è stata la mia tesi. La necessità degli acquedotti di 5 miliardi resta anche se non ne vogliamo sapere niente; queste persone che restano senza acqua potabile ci sono anche se noi qui dentro non lo diciamo, quindi tanto vale vedere in faccia la realtà, esaminare i problemi e poi cercare di attuare i programmi che ci poniamo, perché non restino sulla carta. E questi programmi non saranno esclusivamente di intervento regionale, di intervento provinciale, di intervento comunale o di intervento statale; evidentemente dovrà essere un coordinamento di tutti quei fondi, di tutti quegli stanziamenti che in regione saremo chiamati direttamente o indirettamente a dover spendere.

Il cons. Pruner ha fatto un'osservazione utile, che era già stata messa in preventivo da parte dell'assessorato lavori pubblici, e cioè se dopo questo piano di viabilità, di acquedotti, catasto delle opere pubbliche, inventario delle acque potabili, non sia il caso di mettere anche in preventivo uno studio delle fognature. È senz'altro una proposta che noi abbiamo già e-

saminato, ma che evidentemente dobbiamo gradualizzare nel tempo, cercando intanto di completare lo studio sul catasto delle necessità; in base alle esigenze che dovremo poi sintetizzare, sarà nostra cura di mettere in studio anche questo piano, senza preoccupazioni e senza peccare, come ha detto il cons. Pruner, nè di prudenza, nè di tatticismo.

Per quanto riguarda la legge 614, sulla quale ha fatto amare considerazioni il cons. Pruner, direi che non possiamo dimenticare che ci ha portato 3 miliardi 200 milioni in Regione. Senza entrare nella polemica che si è verificata, teniamo presente di quello che era lo stanziamento, di quella che era la nostra richiesta, della realizzazione alla quale questa nostra richiesta è giunta, e 3 miliardi 200 milioni sono una notevole cifra, insufficienti forse per quanto sono le nostre necessità, ma una considerevole cifra, ci tengo a precisarlo. Per quanto invece riguarda gli inquinamenti delle acque, è un problema che esamineremo in sede di inventario delle acque potabili; mi pare una cosa alla quale si possa senz'altro giungere. Sull'inquinamento dell'aria lei sa che è competente il ministero lavori pubblici.

Il cons. Vinante, al quale ho parzialmente risposto nel dire che teniamo ben presente il voto espresso dal Consiglio regionale per la priorità di realizzazione delle opere che dovranno essere effettuate, desidero rispondere successivamente sulle alluvioni e dire peraltro che le incertezze, le perplessità e i disagi che lui ha trovato nel comune di Valfloriana dovrebbero essere attualmente superati, perché già da qualche tempo è stata costituita, esclusivamente per affrontare il problema della Valfloriana, che come loro sanno tratta di trasferimento di abitati, è stata costituita una commissione, la quale ha esaminato il terreno per il trasferimento degli abitati, ha interessato un geologo per l'esame di questo terreno e

ha dato l'incarico a due professionisti per predisporre un piano regolatore su quel terreno che verrà usato per il trasferimento di Ischia. Era una cosa difficile doverla affrontare sulla legge 1142 per cui la Giunta regionale, fermo restando, naturalmente, un preventivo che non è ancora stato realizzato al 100%, la Giunta regionale ha affermato di doversi impegnare per quanto riguarda il problema, nel senso che questo trasferimento deve avvenire prima dell'autunno; utilizzando la 1142 sui danni alluvionali, erano preventivamente indicati due anni per poter giungere a questo trasferimento. Perciò la Giunta regionale presume di dover far propria una deliberazione, nella quale interverrà con fondi straordinari per consentire il trasferimento nel più breve tempo possibile.

Il cons. Martinelli, parlando specialmente delle strade delle Giudicarie, che peraltro sono di competenza, come lui stesso ha affermato, dell'ANAS, le ha viste proiettate nel futuro come una necessaria eliminazione degli squilibri che possono sorgere fra zona e zona. Io posso senz'altro dargli l'assicurazione che come fino a questo momento ci siamo interessati per poter realizzare almeno una revisione sui punti più difficili della viabilità, interverremo nuovamente perchè si arrivi con sollecitudine a risolvere quei problemi più gravi.

Sono grato all'assessore Santoni per il suo intervento, il quale ha centrato in definitiva quelle che dovevano essere le indicazioni di massima, dalle quali è partito l'assessorato ai lavori pubblici nella compilazione del proprio programma. L'indicazione di aggiungere all'inventario delle risorse idriche anche il problema delle acque profonde, sarà esaminato e nei limiti del consentito, se non sarà evidentemente troppo impegnativo perchè non dobbiamo neppure pretendere di risolvere tutti i problemi in un colpo solo, si vedrà di poterlo mettere nello studio e poterlo affrontare.

Al cons. Odorizzi direi che ho apprezzato il suo intervento su una analisi, su una relazione di quelle che sono state le opere di intervento regionale, relazione peraltro che era già stata fatta in sede di Consiglio regionale, portando, per la mozione sulla legge 17, dei precisi dati e delle precise cifre di quello che è stato l'intervento regionale nel settore delle opere pubbliche. Sono concorde con lui nel dire che non tutto evidentemente si è riuscito a risolvere, anzi che molto resta ancora da fare, ma per i mezzi che si avevano a disposizione per le istanze che erano presentate dalle comunità uscite in quel certo momento anche da una situazione di disagio per una guerra, evidentemente si è fatto più del possibile. E al cons. Corsini che parla di moralizzazione, io posso dirmi d'accordo con lui, intendendo dire con ciò che quando gli amministratori sbagliano è giusto che il loro errore venga denunciato. Le affermazioni che possono colpire noi amministratori, in definitiva sono mi pare abbastanza generiche; ritengo da parte mia almeno di non avere nessun timore di accuse, come peraltro non ho nessun timore di accettare dei suggerimenti e delle indicazioni da qualsiasi parte dei banchi esse provengano, proprio perchè, se un lavoro di solidarietà si attua, è giusto che la solidarietà ci sia di carattere generale.

Affronto per ultimo, non per importanza, ma per concludere, il problema sotto certi aspetti angoscioso dei danni alluvionali; problema che più di ogni altro, se è consentito dirlo, prende proprio le nostre forze in questi momenti, e che è condiviso immagino da tutti loro per la serie di interventi che sono stati fatti su questo tema dai cons. Dalsass, Vinante, Pruner, e Santoni. Il cons. Dalsass, entrando nel merito, mi ha richiesto che intenzioni abbiamo oggi, considerando che non ci sono documentazioni da parte del Ministero lavori